

Minderheitsbericht

gemäß § 42 Abs. 4 GOG

der Abgeordneten Dr. Günther Kräuter, Kolleginnen und Kollegen

zum Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses gemäß § 32e Abs. 4 GOG zur Durchführung des Verlangens auf Überprüfung der Gebarung des Bundeskanzleramtes und der anderen Zentralstellen (Bundesministerien) seit 4. Februar 2000 betreffend die Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Gendarmerieposten, Bezirksgerichte, Postämter, Nahverkehrseinrichtungen, Finanzämter, Schulen, Bundessozialämter, ...) im ländlichen Raum

Vorbemerkung

Die Vorgänge rund um die Schließungen öffentlicher Einrichtungen im ländlichen Raum sind Ausgangspunkt für heftige Kritik an der Regierungsarbeit von Schwarz-Blau, da durch diese Maßnahmen im ländlichen Raum nicht nur die Infrastruktur von gesamten Regionen vollkommen zerstört wird, sondern diese Schließungen und Zusammenlegung auch als Instrument für parteipolitische Besetzungen benutzt werden. So wurden im Gendarmeriebereich **nicht nur Posten geschlossen, sondern auch Posten geschachert**. Dies führte letztlich auch zur Absetzung des Gendarmeriegenerals Strohmeyer, der nach seiner negativen Stellungnahme zur sogenannten „Umstrukturierung“ innerhalb der Sicherheitsverwaltung von seiner Leitungsposition abgesetzt wurde.

Die von der SPÖ-Fraktion im Unterausschuss gestellten Ladungsanträge zur Anhörung von erbosten Gemeindevertretern und Personalvertretern der betroffenen Institutionen wurden von den Regierungsfractionen rigoros abgelehnt. Damit wurde auch im Rahmen dieses Unterausschusses die restlose Aufklärung des Prüfungsgegenstandes verhindert.

Trotz heftiger Proteste bestätigten die Regierungsfractionen den Abgeordneten **Gaugg**, selbst bereits eine **Ikone des Postenschachers**, als Vorsitzender des Unterausschusses und machten damit den Bock zum Gärtner.

Durch die restriktive Ladung von Auskunftspersonen konnten weder die negativen wirtschaftlichen Folgen der Regierungspolitik für den ländlichen Raum, noch deren Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer geklärt werden. So wurde bewußt nicht untersucht, wie sich die Schließung von 638 Postämtern in Österreich, genehmigt durch Bundesministerin Forstinger und fortgesetzt durch Bundesminister Reichhold, auf das durchschnittliche Pensionsantrittsalter der Postbediensteten auswirken.

Faktum ist, dass ein Großteil der österreichischen Bevölkerung die Schließung von Gerichten, Gendarmerieposten und Postämtern ablehnt und durch diese Maßnahmen eine Verschlechterung der Lebensumstände im ländlichen Raum erwartet.

Das in den Kapiteln 3.1 bis 3.3 dargestellte Agieren der Regierungsverantwortlichen lässt sich in ihren Auswirkungen nach außen kurz zusammenfassen:

1. die Verursachung eines **Chaos** bei der österreichischen Post AG
2. ein bevorstehender wissentlicher Verfassungsbruch im Bereich der Sitzverlegung von Bezirksgerichten sowie
3. ein **unerhörter Postenschacher** bei den Schließungen von Gendarmerieposten.

1. Einleitung

Am 4. Dezember 2001 hat ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates gemäß § 32e Abs. 2 GOG das Verlangen auf Überprüfung „der Gebarung des Bundeskanzleramtes und der anderen Zentralstellen (Bundesministerien) seit 4. Februar 2000 betreffend die Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Gendarmerieposten, Bezirksgerichte, Postämter, Nahverkehrseinrichtungen, Finanzämter, Schulen, Bundessozialämter, ...) im ländlichen Raum“ gestellt. Dieses Verlangen wurde wie folgt begründet:

Die Österreichische Bundesregierung verfolgt unter dem Diktat des Nulldefizits eine Politik der Ausdünnung bzw. der Gefährdung der öffentlichen Leistungen im ländlichen Raum. Durch diese Politik der Regierungsparteien werden Kosten auf die Gemeinden und die Länder abgewälzt, ohne sich um deren zukünftige Finanzierung Gedanken zu machen. Unter einem werden bedeutsame Leistungen für die BürgerInnen ohne Rücksicht auf Qualität und Auswirkungen auf die Preisgestaltung privatisiert. Gleichzeitig werden damit aber jene Einrichtungen zerstört, die einen wesentlichen Teil der Lebensqualität der Menschen bilden. Betroffen sind davon 56% der österreichischen Bevölkerung, die in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohner leben. Besonders peinlich aber ist, dass die ländliche Infrastruktur auch aus parteipolitischen Motiven (Postenbesetzung in Schwarz-Blau) zerstört wird.

Alles in Allem löst die Bundesregierung für den ländlichen Raum eine Konjunktur- und Lebensqualitäts-Spirale nach unten aus, deren Ende noch nicht absehbar ist.

Es ist zu befürchten, dass mit der Zerstörung der regionalen Infrastruktur ein Abbau der Wirtschaftsstandortqualität und eine Entsiedlung der ländlichen Gebiete einhergeht. Tendenziell wird das eine weitere Verschlechterung der Infrastruktur, geringeren Anreiz für Betriebsansiedlungen und damit fehlende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten und geringere Zukunftschancen für die Menschen und Regionen zur Folge haben.

Die Verwaltungsreform aus Sicht der blau-schwarzen Bundesregierung erfolgt offenbar prioritär unter der Zielsetzung, Einsparungspotentiale zur Erreichung des Null-Defizits zu finden. Dafür hat diese Regierung bisher teure Konzepte erarbeiten lassen, die vor allem Verunsicherung und Chaos hervorgerufen haben.

All diese Umstände sind daher in den vertraulichen Sitzungen des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses durch Anhörung von Auskunftspersonen und Einholung von schriftlichen Stellungnahmen auf die ziffernmäßige Richtigkeit, die Rechtmäßigkeit, die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit zu überprüfen und die Ergebnisse dieser Überprüfung dem Rechnungshofausschuss und in Folge dem Nationalrat zu berichten.

2. Vorgangsweise des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses

Der Ständige Unterausschuss nahm seine Beratungen über den Prüfungsauftrag am 19. Dezember 2001 auf. Weitere Sitzungen fanden am 26. Februar, 13. März, 10. April, 29. Mai und 27. Juni 2002 statt.

Nachfolgend genannte Auskunftspersonen wurden durch den Ständigen Unterausschuss geladen:

- Bundesminister Dr. Dieter **Böhm**dorfer
- Bundesminister Ing. Matthias **Reichhold**
- Bundesminister Dr. Ernst **Strasser**
- Generaldirektor Dr. Anton **Wais**

Nachfolgend genannte Personen wurden als Auskunftspersonen durch die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, jedoch von den Regierungsfractionen abgelehnt:

- Otto **Marl**, Bürgermeister von Bad Aussee
- Johanna **Gruber**, Bürgermeisterin von Gröbming
- Erwin **Wohlmuth**, Bürgermeister von Mauthausen
- Gerhard **Fritz**, Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Post-AG
- Martin **Palensky**, Mitglied des Zentralausschusses
- Manfred **Wiedner**, Mitglied des Zentralausschusses
- Robert **Wurm**, Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Postbus-AG
- Fritz **Feichtinger**, Bürgermeister von Regau
- Ernst **Huber**, Bürgermeister von Sinabelkirchen

Der Unterausschuss hat beschlossen, die Bundesminister für Justiz, Inneres, Verkehr, Innovation und Technologie gemäß § 40 Abs. 1 GOG um die Einleitung von Erhebungen und Erstattung schriftlicher Äußerungen in Berichtsform im Sinne des gegenständlichen Prüfungsverlangens zu ersuchen, diese Berichte wurden gelegt.

Ablauf der Ausschussarbeit im Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses:

Erste Sitzung des UA-RH am 19. Dezember 2001:

Abgeordneter Dr. Günther **Kräuter** bringt Vier-Parteien-Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Gilbert Trattner, Mag. Dr. Josef **Trinkl** und Mag. Werner **Kogler** betreffend eine Äußerung der Bundesminister für Justiz, für Inneres sowie für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß § 40 Abs. 1 GOG in Berichtsform im Sinne des gegenständlichen Prüfungsverlangens sowie das Ersuchen um Einleitung von Erhebungen bis zum 7. Februar 2002 ein. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Die nächste Sitzung wird für den 26. Februar 2002 anberaunt.

Zweite Sitzung des UA-RH am 26. Februar 2002:

Die Ladung von Bürgermeister Otto **Marl**, Bad Aussee, Bürgermeisterin Johanna **Gruber**, Gröbming, und Bürgermeister Erwin **Wohlmuth**, Mauthausen, wird nach längerer Diskussion von den Regierungsfractionen abgelehnt, lediglich Bundesminister Dr. Dieter **Böhdorfer** wird als Auskunftsperson geladen. Die Sitzung wird auf den 13. März 2002 vertagt.

Dritte Sitzung des UA-RH am 13. März 2002:

Durch die Regierungsfractionen wird die Ladung von Bundesminister Ing. Matthias **Reichhold** und Generaldirektor Dr. Anton **Wais** beantragt. Abgeordneter Dr. Günther **Kräuter** und GenossInnen beantragen die Ladung von Bundesminister Dr. Dieter **Böhdorfer**, Bürgermeister Otto **Marl**, Bad Aussee, Bürgermeisterin Johanna **Gruber**, Gröbming, Bürgermeister Erwin **Wohlmuth**, Mauthausen. Weiters beantragt die Sozialdemokratische Fraktion die Ladung von Gerhard **Fritz**, Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Post AG, Martin **Palensky**, Mitglied des Zentralausschusses, Manfred **Wiedner**, Mitglied des Zentralausschusses und Robert **Wurm**, Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Postbus AG, mit der Begründung, dass durch die Ladung dieser Auskunftspersonen die Auswirkungen der Schließung von rund 650 Postämtern auf Grund der Postuniversaldienstverordnung für das Unternehmen Österreichische Post AG und deren Mitarbeiter erörtert werden sollen. Weiters sollen die Einstellungen von Nahverkehrsbuslinien der Österreichischen Post AG und deren Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeiter aufgezeigt werden. Bundesminister Ing. Matthias **Reichhold** und Generaldirektor Dr. Anton **Wais** werden als Auskunftspersonen beschlosssen, sämtliche andere Anträge werden durch die Regierungsfractionen abgelehnt.

Inhaltlich werden Bundesminister Ing. Matthias **Reichhold** und Generaldirektor Dr. Anton **Wais** zum Thema Schließung bzw. Zusammenlegung von Postämtern befragt.

Der Ausschuss wird auf den 10. April 2002 vertagt.

Vierte Sitzung des UA-RH am 10. April 2002:

Durch Abgeordneter Dr. Günther **Kräuter** und GenossInnen wird die Ladung von Bundesminister Dr. Ernst **Strasser**, Bürgermeister Fritz **Feichtinger**, Regau, und Bürgermeister Ernst **Huber**, Sinabelkirchen, beantragt und damit begründet, dass durch die Ladung obiger Auskunftspersonen die Gebarung des Bundesministeriums für Inneres seit 4. Februar 2002 betreffend die Schließung bzw. Zusammenlegung von Gendarmerieposten in ganz Österreich geprüft werden soll. Weiters soll durch die Anhörung von betroffenen Gemeindevertretern das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit und Beratung durch Organe der Gendarmerie erörtert werden. Die Ladung von Bundesminister Dr. Ernst **Strasser** wird einstimmig beschlossen, weitere Auskunftspersonen werden durch die Regierungsfractionen abgelehnt.

Inhaltlich wird Bundesminister Dr. Dieter **Böhdorfer** zum Thema Schließung bzw. Zusammenlegung von Bezirksgerichten befragt.

Der Ausschuss wird auf den 29. Mai 2002 vertagt.

Fünfte Sitzung des UA-RH am 29. Mai 2002:

Es werden keine Anträge gestellt.

Inhaltlich wird Bundesminister Ernst **Strasser** zum Thema Schließung bzw. Zusammenlegung von Gendarmerieposten befragt. Die Sitzung wird auf den 27. Juni 2002 vertagt.

Sechste Sitzung des UA-RH am 27. Juni 2002:

Legung der Berichte.

3. Ergebnisse der Ausschussarbeit:

Die Arbeit des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses beschränkte sich im wesentlichen auf die Erörterung der Schließungen von öffentlichen Einrichtungen im Bereich der Post, der Justizverwaltung und der Sicherheitsverwaltung.

Durch den Umstand, dass die Regierungsfractionen die Ladung von betroffenen Gemeinde- und Personalvertretern ablehnte, war die SPÖ-Fraktion bei der Prüfung der Schließungsmaßnahmen vor allem auf parlamentarische Anfragebeantwortungen angewiesen. Diesbezüglich wurden von den Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräten nachfolgend aufgelistete Anfragen zum Prüfungsthema an die zuständigen Minister gerichtet:

a) Anfragen betreffend Ausdünnung des ländlichen Raumes durch Abgeordnete zum Nationalrat**Sophie Bauer:**

- Schließung von Postämtern 2995/J
- Schließung von Gendarmerieposten im Bezirk Voitsberg 2583/J
- Folgen der Neustrukturierung der Finanzverwaltung für das Finanzamt Voitsberg 2509/J

Helmut Dietachmayr:

- Kürzung von Planstellen bei der Gendarmerie und Polizei 3071/J
- Einsparungen bei der Justizwache in Oberösterreich 2909/J
- Schließung von Polizeiwachzimmern in Oberösterreich 2820/J
- Schließung von Bezirksgerichten Linz-Land 2816/J
- Einsparungen bei Polizei und Gendarmerie in Oberösterreich 2232/J
- Einsparungen bei Polizei und Gendarmerie 1552/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Linz-Land 450/J

Karl Dobnigg:

- Schließung der KFZ-Werkstätte der BPD Leoben II 3036/J
- Schließung von Postämtern im Bezirk Leoben 3006/J
- Schließung des Wachzimmers Donawitz der Bundespolizeidirektion Leoben 2905/J
- Schließung des Bahnhofes St. Michael für den IC-Verkehr 2018/J
- Bahnlinie Leoben-Vordernberg 1080/J
- Personalmangel der Gendarmerie im Bezirk Leoben 417/J
- B 115 – Umfahrung Vordernberg 3243/J

Christian Faul:

- Sicherheit im Bezirk Hartberg 1120/J

Ing. Kurt Gartlehner:

- Schließung von Postämtern in der Region Steyr 1452/J

Mag. Kurt Gaßner:

- Schließung von Gendarmerieposten in Österreich im allgemeinen, in Oberösterreich im besonderen 2689/J

Arnold Grabner:

- Personalsituation der Gendarmerie und Polizei in Stadt und Bezirk Wr. Neustadt 2244/J

Heinz Gradwohl:

- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Judenburg 513/J

- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Knittelfeld 512/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Murau 511/J

Marianne Hagenhofer:

- Reorganisation der Finanzverwaltung 2001 Expertengutachten 2178/J
- Schließungspläne des Justizministeriums für Justizanstalt Suben 1688/J
- Einstellung von Nebenbahnen in Oberösterreich 935/J

Gabriele Heinisch-Hosek:

- Drohende Einstellung von Nebenbahnen/Privatbahnen 2184/J
- Personalmangel der Gendarmerie des Bezirkes Mödling 390/J

Anton Heinzl:

- Beabsichtigte Schließung des Verteilzentrums St. Pölten für den Postzustelldienst 2860/J
- Schließung von Gendarmerieposten in NÖ 2288/J
- Erhaltung der Mariazellerbahn 2095/J
- Schließung von Wachzimmern und Gendarmerieposten im Bezirk St. Pölten 1337/J
- Personelle Situation bei der Gendarmerie- und Polizeidirektion St. Pölten 398/J
- Betriebs- und volkswirtschaftliche Bewertung der getroffenen Maßnahmen bei der Österreichischen Post AG 3200/J
- Geplante Schließung von Bezirksgerichten in Niederösterreich 3199/J
- Betriebs- und volkswirtschaftliche Bewertung der getroffenen Maßnahmen bei der Österreichischen Post AG 3200/J-NR

Anna Huber:

- Angekündigte Schließung von Postämtern 2970/J

Hannes Jarolim:

- Schließung des Bezirksgerichtes Herzogenburg 3533/J

Inge Jäger:

- Raubbau bei der Post 939/J

Dr. Peter Keppelmüller:

- Personalabbau bei der Post 934/J

Günter Kiermaier:

- Folgen der Neustrukturierung der Finanzverwaltung 2430/J
- Einsparungen bei der Sicherheit (Projekt Gendarmerieinnovation 2001) 2287/J
- Personelle Situation bei der Gendarmerie im Bezirk Amstetten 393/J

Dr. Peter Kostelka:

- Ausdünnung des Nahverkehrs im ländlichen Raum 2390/J
- Postdienste im ländlichen Raum 2389/J
- Die mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Österreich 2388/J
- Die Schließung von IESG-Außenstellen 2386/J
- Die bundesweite Schließung von Polizeiwachzimmern 2384/J
- Die bundesweite Schließung von Gendarmerieposten 2383/J
- Abbau von Finanzämtern 2382/J

Dr. Günther Kräuter:

- Erhärteter Verdacht parteipolitisch motivierter Schließungen von Gendarmerieposten 3038/J
- Schließung von Gendarmerieposten in der Steiermark 3001/J
- Parteipolitisch motivierte Schließung von Gendarmerieposten 2678/J

- Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Postämter, Nebenverkehrslinien) 3253/J
- Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Bezirksgerichte) 3252/J
- Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Gendarmerieposten) 3251/J
- Schließungen von 648 Postämtern (Bundesminister Finanzen) 3478/J
- Schließungen von 648 Postämtern (Bundesminister VIT) 3477/J
- Kriterien für Postamtsschließungen (3656/J)
- Wirtschaftlich absurde Weisung im Zusammenhang mit einer Gendarmeriepostenzusammenlegung (3575/J)
- Neuordnung der Gerichtsorganisation (3476/J)

Dipl.-Ing. Werner Kummerer:

- Schließung von Gendarmerieposten im Bezirk Mistelbach 2753/J
- Maßnahmen bei Finanzämtern im Weinviertel 1773/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Mistelbach 711/J

Anton Leikam:

- Politisch motivierte Personalentscheidungen 1021/J
- Personalentwicklung in der österreichischen Exekutive 418/J

DDr. Erwin Niederwieser:

- Politik gegen den ländlichen Raum durch Schließung von Postämtern 1437/J
- Die personelle Situation bei der Gendarmerie im Bezirk Schwaz 716/J
- Die personelle Situation bei der Gendarmerie im Bezirk Innsbruck-Land 715/J
- Fusionspläne Alpenstraßengesellschaft 3240/J und 3241/J

Georg Oberhaidinger:

- Die Schließung von Wachzimmern in Wels 2985/J
- Die Schließung des Gendarmeriepostens Stadl-Paura 2984/J

Ludmilla Parfuss:

- Die Schließung von Bezirksgerichten im Bezirk Deutschlandsberg 2074/J
- Schließung von Bezirksgerichten im Bezirk Leibnitz 2073/J
- Einsparungen bei der Sicherheitsexekutive Steiermark 1566/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Leibnitz 797/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Deutschlandsberg 796/J
- Schließung von Postämtern in den Bezirken Deutschlandsberg und Leibnitz 3247/J
- Schließung von Postämtern in den Bezirken Deutschlandsberg und Leibnitz 3247/J

Rudolf Parnigoni:

- Verlegung des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich nach St. Pölten 2964/J
- Maßnahmen bei Finanzämtern im Waldviertel 1867/J
- Grundlagen der weiteren Bahnentwicklung 1240/J
- Angekündigte Reduktion der Finanzämter 1236/J
- Angekündigte Reduktion der Bezirksgerichte 1235/J
- Schließung des Gendarmeriepostens in Warth in Vorarlberg 3555/J

Katharina Pfeffer:

- 52 geplante Postämter-Schließungen im Burgenland 3014/J

Brunhilde Plank:

- Schließung von Bezirksgerichten in Land Steiermark 1118/J

Mag. Walter Posch:

- Erhaltung des Gendarmeriepostens Rattendorf/Gailtal 2586/J

Dr. Robert Rada:

- Postenschließung der Gendarmerie in Marchegg 3155/J

Gerhard Reheis:

- Geplante Abschaffung von Bundespolizeidirektion und Sicherheitsdirektionen und Übertragung von Verwaltungssachen an die Stadtmagistrate bzw. Bezirksverwaltungsbehörden 2028/J
- Schließung von Bezirksgerichten in Tirol 1852/J

Beate Schasching:

- Die beabsichtigte Schließung von Postämtern 2980/J
- Schließung vom Bezirksgericht Niederösterreich 2114/J
- Schließungen der Gendarmerie im Bezirk St. Pölten 2255/J
- Personalmangel der Gendarmerie im Bezirk St. Pölten 1327/J
- Personalmangel der Gendarmerie im Bezirk St. Pölten 447/J
- Personalmangel der Polizei in der Stadt St. Pölten 446/J

Emmerich Schwemlein:

- Inkrafttreten der Postdienstverordnung 2801/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes St. Johann im Pongau 474/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Tamsweg 473/J
- Personalsituation der Gendarmerie im Bereich des Bezirkes Zell/See 472/J

Heidrun Silhavy:

- Personalabbau bei der Post 798/J

Rainer Wimmer:

- Personalsituation der Gendarmerie im Bezirk Gmunden 551/J

Dr. Peter Wittmann:

- Schließung der Nebenbahnen in den Bezirken Wr. Neustadt und Neunkirchen 962/J
- personelle Situation bei der Gendarmerie- und Polizeidirektion Wr. Neustadt 404/J

b) Anfragen betreffend Ausdünnung des ländlichen Raumes durch Bundesräte:**Johanna Auer:**

- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten im Burgenland 1773/J
- Schließung von Gendarmerieposten im Burgenland 1814/J

Theodor Binna:

- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in der Steiermark 1777/J
- Schließung von Gendarmerieposten in der Steiermark 1813/J

Karl Boden:

- Schließung von Gendarmerieposten in Niederösterreich 1812/J

Klaus Gasteiger:

- Schließung von Gendarmerieposten in Tirol 1808/J
- Schließung von Gendarmerieposten in Vorarlberg 1809/J
- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Vorarlberg 1779/J
- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Tirol 1778/J

Manfred Gruber:

- Schließung von Gendarmerieposten in Salzburg 1807/J

Ferdinand Gstöttner:

- Dringliche Anfrage betr. Ausdünnung des ländlichen Raumes – Anfragenserie, Anfrage I 1832/J
- Dringliche Anfrage betr. Ausdünnung des ländlichen Raumes – Anfragenserie, Anfrage II 1833/J
- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Oberösterreich 1770/J
- Verlagerung der internationalen Verkehrsverbindungen für den Personenverkehr von der Bahnstrecke Wels – Passau auf die Bahnstrecke Salzburg – München 1706/J

Hedda Kainz:

- Schließung von Gendarmerieposten in Oberösterreich 1806/J

Prof. Albrecht Konecny:

- Verantwortlichkeit der Bundesministerin für die Schließung von Postämtern 1874/J

Peter Marizzi:

- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Niederösterreich 1775/J

Stefan Prähauser:

- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Salzburg 1776/J

Johanna Schicker:

- Ausdünnung des ländlichen Raumes – Anfragenserie, Anfrage III/ 1834/J
- Ausdünnung des ländlichen Raumes – Anfragenserie, Anfrage IV 1835/J

Herbert Thumpser:

- Postenschließungen der Gendarmerie im Bezirk Lilienfeld 1799/J
- Schließung von Finanzämtern 1727/J

Mag. Melitta Trunk:

- Schließung von Gendarmerieposten in Kärnten 1811/J
- Mögliche Schließung von Bezirksgerichten in Kärnten 1774/J

Ernst Winter:

- Postenschließungen der Gendarmerie im Bezirk Horn 1798/J

3.1 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:**Postämter:**

Insgesamt schließt die Österreichische Post AG österreichweit 638 Postämter, davon werden 393 ersatzlos gestrichen, der Rest durch Postpartner substituiert. Selbst für diese 393 Postämter, die keinen örtlichen Betreiber gefunden haben, liegt aber ein Anbot des privaten Postdienstleisters „redmail“, dabei handelt es sich um ein Joint Venture der Styria Media AG und der holländischen TNT-Postgroup, vor, dass die Übernahme sämtlicher zu schließender Postämter beinhaltet. Redmail geht davon aus, dass eine kostendeckende Versorgung der Landbevölkerung kalkulatorisch dann möglich ist, wenn Zustellung und Postamtsdienstleistungen gemeinsam betrachtet werden. Das entspricht der momentanen Marktsituation der Österreichischen Post AG.

Bereits im Sommer 2001 wurde bekannt, dass die Österreichische Post AG mehr als 700 Postämter schließen bzw. nach Diktion der Post AG „zusammenlegen“ will. Begründet wurde dieses Schließungsvorhaben mit Einsparungs- und Effizienzüberlegungen, die letztlich in einem Geschäftsstellenkonzept ausgedrückt wurden, welches vorsieht, dass bis 30. Juni 2002 exakt 648 Postämter zu schließen sind.

Beilage 1: Von der Schließung betroffene Postämter samt Schließungsdatum und Postpartnerersatz

Die Verringerung der Österreichischen Postdienstleistungsstellen, die letztlich zu einer Unterversorgung des bereits benachteiligten ländlichen Raumes führen wird, findet ihre rechtliche Grundlage in der Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über den Universaldienst für Postdienstleistungen. Bei dieser **Universalpostdienstverordnung** handelt es sich um ein Relikt aus der kurzen, aber tragischen Ära Forstinger.

Mit 24. November 2000 wurde erstmals ein Entwurf einer Postuniversaldienst-VO zur Begutachtung auch an sämtliche Länder übermittelt. Die bis 20. Februar 2001 abgegebenen **Stellungnahmen der Landesregierungen sind allesamt negativ.**

Die Landesregierung von **Kärnten** lehnte den Entwurf ab, weil für Kärnten nachteilige Folgen zu erwarten sind, gleichzeitig hielt die Landesregierung Kärnten fest, dass Postämter eine zentralörtliche und zentrumsbildende Funktion aufweisen, die Bedeutung von Postämtern könne im ländlichen Raum durch alternative Formen der Erbringung von Postdienstleistungen nicht substituiert werden.

Auch **Niederösterreich** lehnte den Entwurf ab, weil eine negative Auswirkung auf die Lebensqualität der Bevölkerung und auf den ländlichen Raum befürchtet wurde.

Oberösterreich lehnte aus den selben Gründen wie Niederösterreich den Entwurf ab und befürchtete, dass besonders für ältere Menschen die Lebensqualität vermindert wird.

Salzburg verwies darauf, dass die Bewohner im ländlichen Raum schlechter gestellt würden als im städtischen Bereich und lehnte den Entwurf daher ab.

Auch **Vorarlberg** sprach sich gegen den Entwurf aus, da generell die Nahversorgung im ländlichen Raum gefährdet erscheint.

Der mit diesen negativen Stellungnahmen konfrontierte Nachfolger von Ministerin Forstinger erläuterte in der Ausschuss-Sitzung vom 13. März 2002, dass die Bedenken der Länder in der tatsächlich verlautbarten Universaldienstverordnung berücksichtigt wurden. So sehe **§ 3 Abs. 4 Postuniversaldienst-VO** vor, dass die Gemeinden zeitgerecht zu informieren und im Einvernehmen und Zusammenwirken mit den betroffenen Gemeinden innerhalb von drei Monaten alternative Lösungen zu suchen sind und zwar mit dem Bemühen, den Standort zu erhalten. Jedoch ist gerade diese Normierung der Postuniversaldienstverordnung **vollkommen zahnlos und realitätsfern**.

Hinsichtlich der gemäß **§ 3 Abs. 3 Postuniversaldienst-VO** definierten Kriterien für die Schließung eines Postamtes sind die von der Österreichischen Post AG angegebenen Kosten für den Betrieb von 79 Postämtern höchst umstritten und wird die Richtigkeit sowohl der Höhe als auch der Ermittlung dieser Zahlen nicht nur durch Vertreter der Postgewerkschaft, sondern auch durch betroffene Gemeindevertreter angezweifelt.

Bei nachfolgend aufgelisteten Postämtern ergeben sich erhebliche Zweifel an der buchhalterischen Richtigkeit des Gewinnsaldos.

Anzahl	PLZ	Postamt	Vollarbeitsplatz	Umsatz	Kosten	minus
1	2014	Breitenwaida	1	585 000,00	818 000,00	-233 000,00
2	2123	Schleinbach	1,51	680 000,00	1 248 000,00	-568 000,00
3	2135	Neudorf	1,38	468 000,00	1 130 000,00	-662 000,00
4	2165	Drasenhofen	1	609 000,00	1 315 000,00	-706 000,00
5	2193	Wilfersdorf	1,5	502 000,00	1 117 000,00	-615 000,00
6	2211	Pillichsdorf	1	486 000,00	916 000,00	-430 000,00
7	2276	Reintal	1	466 000,00	727 000,00	-261 000,00
8	2354	Guntramsdorf 2	1	571 000,00	898 000,00	-327 000,00
9	2381	Laab/Walde	1	546 000,00	618 000,00	-72 000,00
10	2403	Regelsbrunn	0,95	471 000,00	823 000,00	-352 000,00
11	2413	Berg/Wolfsthal	1	701 000,00	1 008 000,00	-307 000,00
13	2443	Deutsch Brodersdorf	1,39	585 000,00	972 000,00	-387 000,00
14	2463	Stixneusiedl	1	521 000,00	677 000,00	-156 000,00
15	2471	Rohrau	1	643 000,00	960 000,00	-317 000,00
16	2472	Prellenkirchen	1	543 000,00	1 131 000,00	-588 000,00
17	2484	Weigelsdorf	1	555 000,00	853 000,00	-298 000,00
18	2492	Eggendorf	1,3	674 000,00	1 270 000,00	-596 000,00
19	2533	Klausen-Leopoldsdorf	1	459 000,00	630 000,00	-171 000,00
20	2624	Breitenau/Steinfelde	1	530 000,00	1 092 000,00	-562 000,00
21	2625	Schwarzau/Steinfelde	1	499 000,00	1 011 000,00	-512 000,00
22	2731	St.Egyden/Steinfeld	1	511 000,00	784 000,00	-273 000,00
23	2770	Gutenstein	1	543 000,00	974 000,00	-431 000,00
24	2802	Hochwolkersdorf	0,83	449 000,00	810 000,00	-361 000,00

Anzahl	PLZ	Postamt	Vollarbeitsplatz	Umsatz	Kosten	minus
25	2842	Edlitz/Aspangbahn	1	593 000,00	947 000,00	-354 000,00
26	3051	St.Christophen	1	495 000,00	1 042 000,00	-547 000,00
27	3131	Getzersdorf	1	534 000,00	764 000,00	-230 000,00
28	3171	Kleinzell	1	439 000,00	976 000,00	-537 000,00
29	3332	Rosenau	1	601 000,00	1 079 000,00	-478 000,00
30	3362	Mauer-Öhling	1	539 000,00	1 222 000,00	-683 000,00
31	3525	Sallingberg	1	496 000,00	947 000,00	-451 000,00
32	3601	Dürrnstein	1	447 000,00	991 000,00	-544 000,00
33	3613	Albrechtsberg	0,85	510 000,00	1 228 000,00	-718 000,00
34	3641	Aggsbach Markt	1	476 000,00	820 000,00	-344 000,00
35	3961	Waldenstein	1	451 000,00	686 000,00	-235 000,00
36	4441	Behamberg	1	507 000,00	1 011 000,00	-504 000,00
37	7143	Appetlon	1	452 000,00	893 000,00	-441 000,00
38	7311	Neckenmarkt	1	619 000,00	875 000,00	-256 000,00
39	7341	Markt St.Martin	1	520 000,00	1 081 000,00	-561 000,00
40	7372	Draßmarkt	1	473 000,00	1 006 000,00	-533 000,00
41	7442	Rattersdorf	1,5	511 000,00	782 000,00	-271 000,00
42	7452	Unterpullendorf	1	457 000,00	740 000,00	-283 000,00
43	7473	Hannersdorf	0,88	460 000,00	669 000,00	-209 000,00
44	7474	Deutsch Schützen	1	542 000,00	876 000,00	-334 000,00
45	7511	Mischendorf	0,84	477 000,00	856 000,00	-379 000,00
46	7512	Kohfidisch	2	643 000,00	1 577 000,00	-934 000,00
47	8091	Jagerberg	1	504 366,00	893 960,00	-389 594,00
48	8092	Mettersdorf	1	584 102,00	922 963,00	-338 861,00
49	8143	Dobl	1	553 937,00	1 023 339,00	-469 402,00
50	8144	Tobelbad	1	538 528,00	695 420,00	-156 892,00
51	8153	Gaisthal	1	646 090,00	890 483,00	-244 393,00
52	8163	Fladnitz	1	534 928,00	1 159 155,00	-624 227,00
53	8182	Puch bei Weiz	1	527 603,00	767 949,00	-240 346,00
55	8272	Sebersdorf	1	594 461,00	856 915,00	-262 454,00
56	8273	Ebersdorf	1	547 718,00	1 089 698,00	-541 980,00
57	8361	Hatzendorf	1	616 753,00	904 888,00	-288 135,00
59	8444	St.Andrä i Saus	1	520 973,00	882 388,00	-361 415,00
60	8483	Dtsch. Goritz	1	564 920,00	952 764,00	-387 844,00
61	8484	Unterbukla	1	539 200,00	993 226,00	-454 026,00
63	8493	Klöch	1	533 772,00	988 566,00	-454 794,00
64	8503	St. Josef	1	637 257,00	1 384 768,00	-747 511,00
65	8521	Wettmannstetten	1	867 638,00	990 763,00	-123 125,00
66	8581	Pichling	1	568 302,00	763 839,00	-195 537,00
67	8584	Hirscheegg	1	592 656,00	1 004 863,00	-412 207,00
69	8691	Kappelen	1	520 724,00	837 891,00	-317 167,00
70	8772	Timmersdorf	1	576 591,00	823 585,00	-246 994,00
71	8921	Iainbach	1	486 811,00	806 001,00	-319 190,00
72	8953	Donnersbach	1	666 183,00	1 237 601,00	-571 418,00
73	8966	Aich Assach	1	538 350,00	662 268,00	-123 918,00
74	9123	St.Primus	2	535 221,00	849 518,00	-314 297,00
75	9361	St.Salvator	1	484 267,00	769 541,00	-285 274,00
76	9531	Kreuth b.B:	1	439 479,00	1 052 218,00	-612 739,00

Anzahl	PLZ	Postamt	Vollarbeitsplatz	Umsatz	Kosten	minus
77	9565	Ebene Reichenau	1	465 601,00	1 643 397,00	-1 177 796,00
78	9583	Faak a.S:	1,06	579 163,00	1 106 109,00	-526 946,00
79	9585	Gödersdorf	1	483 402,00	788 175,00	-304 773,00

Es ist davon auszugehen, dass ein Vollzeitarbeitsplatz in einem Postamt Jahreskosten von rund 450 000 S verursacht. Da grundsätzlich die wesentlichen Kostenpositionen aus Personal und (fiktiver) Miete bestehen, würde das zB im Falle des Postamtes 2165 Drasenhofen zu dem Schluss führen, dass rund 850 000 S für (fiktive) Miete pro Jahr aufgewendet werden. Da für sämtliche in der Tabelle dargestellten Postämter die angegebenen Kosten und damit die errechneten Saldi schwer nachzuvollziehen sind, bestehen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der geplanten Schließungen und der Übereinstimmung dieses Vorgehens mit der Postuniversaldienstverordnung.

Auf Grund eines **Sideletters** zwischen der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Dr. Monika Forstinger und der Österreichischen Post AG (**Beilage 2**) wurde am 29. Jänner 2002 eine sogenannte Kontrollkommission eingerichtet, diese soll die Versorgung des ländlichen Raumes im Zuge der Anpassung des Geschäftsstellennetzes der Post absichern. Laut dieser Erklärung der Österreichischen Post AG soll sich die Kontrollkommission aus einem Vertreter der Post, einem von Gemeindebund zu nominierenden Experten und einem von diesen beiden gemeinsam zu nominierenden Experten zusammensetzen. Als Aufgabe der Kontrollkommission wird die Überprüfung allfälliger Beschwerden und Anregungen betroffener Gebietskörperschaften im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen genannt. Insgesamt sieht das Verfahren vor dieser Kommission **keine Parteienrechte für die betroffenen Gemeinden** vor und erklärt sämtliche Informationen der Post an die Kontrollkommission für vertraulich und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Die Kontrollkommission wird durch diese Vereinbarung auch nicht verpflichtet, Berichte über ihre Verhandlungen bzw. Erhebungen an die betroffenen Gemeinden zu übermitteln. Im selben Papier verpflichtet sich die Österreichische Post, Maßnahmen zur allgemeinen Akzeptanz und zum besseren Verständnis in der Bevölkerung zu ergreifen und zu diesem Zweck noch im ersten Quartal 2002 rund 1,5 Millionen Euro an Steuergeldern einzusetzen. Ebenso sieht das Papier die Verpflichtung der Post vor, in einem mehrstufigen Kundenüberleitungsprogramm die Umorientierung und die Begleitung der Kunden zu gewährleisten.

Nicht nur die Konstruktion dieser Kontrollkommission ohne Informationspflicht an die Betroffenen in Form eines Sideletters ist höchst bedenklich, sondern auch die tatsächliche Umsetzung erfolgte äußerst dilettantisch, da zahlreiche an die „Kontrollkommission zur Absicherung der Versorgung des ländlichen Raumes“ korrekt adressierten Eingaben ungeöffnet mit dem Hinweis „Empfänger unbekannt“ und mit dem deutlichen Vermerk „zurück – retour an den Adressaten“ retourniert wurden.

Bundesminister Reichhold geht in einer Anfragebeantwortung zu diesem Thema (3630/AB) davon aus, dass die zuständige Stelle für Beschwerden über Postämterschließungen die von der Post-AG eingerichtete „**Kontrollkommission zur Absicherung des ländlichen Raumes im Zuge der Anpassungen des Geschäftsstellennetzes**“ sei. Diese Kontrollkommission habe laut Reichhold am 31. August 2002 an ihn Bericht zu erstatten. Der Minister übersieht dabei vollkommen, dass in demselben Papier, in welchem mit der Post die Errichtung der Kontrollkommission vereinbart wurde, auch die Schließung der betroffenen Postämter bis 30. Juni 2002 definiert wurde. Aus diesem Grund ist auch die **Berichterstattung** der Kontrollkommission an den Bundesminister zwei Monate **nach Schließung** sämtlicher Postämter vollkommen bedeutungslos und müßte es im Interesse von Minister Reichhold liegen, diese Vereinbarung mit der Österreichischen Post-AG neu zu verhandeln.

Die unter Forstinger erlassene Postuniversaldienstverordnung sieht auch die Einführung von Postagenturen (§ 3 Abs. 1) vor, diese in der medialen Diskussionen als **Postpartner** bezeichneten Gewerbetreibenden werden aber durch die Postuniversaldienstverordnung nicht näher definiert, ebenso werden keine haftungsrechtlichen Lösungen für Schadenersätze gegen den Postpartner bzw. arbeitsrechtliche Lösungen für die Mitarbeiter von Postpartnern bestimmt.

Die in der Postuniversaldienstverordnung vorgesehene **Laufzeit für Briefsendungen** von mindestens 95% Zustellung am ersten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag für inländische Briefsendungen ist auch durch die Übergangsbestimmung (§ 12), wonach die Laufzeiten im Laufe des Jahres 2004 erreicht werden sollen, nicht durchführbar und wurde diese Regelung von Generaldirektor Dr. Wais in der Sitzung des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses am 13. März 2002 als „wirtschaftsfremd“ bezeichnet, da in anderen Staaten höchstens 80% dieser Zustelleistung erreicht werden und es aus faktischen Gründen in Österreich nicht möglich sei, 95% der Inlandsbriefsendungen am nächsten Tag zuzustellen.

Beilage 3 Postuniversaldienstverordnung

Vollkommen unverständlich ist auch eine **Vereinbarung zwischen der damaligen Post- und Telekom Austria AG und dem Bundesland Kärnten** aus dem Jahre 1998, welches neben Regelungen im Bereich des Postauto-dienstes vorsieht, dass sich die PTA bereiterklärt, in jeder Gemeinde des Landes Kärnten zumindest ein Postamt oder eine Postservicestelle aufrechtzuerhalten. Für das Bundesland Kärnten unterzeichnete damals der **Landesverkehrsreferent LH-Stv. Ing. Matthias Reichhold**, der heutige Bundesminister für BundesministerVIT.

Abgesehen davon, dass die von Forstinger erlassene und unter Reichhold unverändert in Geltung stehende Postuniversaldienstverordnung keine durchsetzbaren Rechte für die betroffenen Gemeinden vorsieht und für die Post „wirtschaftsfremde“ Zustellqualitäten definiert sowie Postagenturen eingeführt aber weitgehend ungeregelt gelassen hat, wurde auch Forstinger-typisch darauf vergessen, den **§ 17 Zustellgesetz**, welcher eine Hinterlegungsmöglichkeit von behördlichen Schriftstücken bei Postämtern, bei der Behörde selbst oder bei der Gemeinde vorsieht, zu novellieren, sodass eine **Hinterlegung von Rsa- und Rsb-Briefen bei Postpartnern** nicht möglich bzw. rechtswidrig ist. Erhebungen vor Ort ergaben, dass zumindest in einem als Postpartner tätigen Kaufhaus in der Steiermark dieses Problem vollkommen unbekannt ist und Rsa- als auch Rsb-Briefe hinterlegt werden.

Neben diesem groben Versäumnis bei der Anpassung des Zustellgesetzes erscheint es auch höchst bedenklich, dass durch die stattfindende Praxis bei den Postpartnern auch Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des **Postgeheimnisses bzw. des Haftungsrechtes** nicht ausgeräumt werden. Diesbezüglich fehlen Normierungen für Vertragsschablonen zwischen dem Postvertragspartner und der Österreichischen Post AG in der Postuniversaldienstverordnung.

Vollkommen unbeachtet bei der Schließung von Postämtern blieb deren Auswirkungen auf das Vergütungs- bzw. Pönalesystem des **REIMS-II-Abkommens** (Renumeration of Exchanges of International Mails), unterzeichnet von 17 europäischen Universalpostbetreibern, das jeden Vertragspartner von den jeweiligen Aufgabelländern Vergütungen, abhängig unter anderem von den tatsächlich erreichten Prozentsatz an Briefsendungen, die einen Tag nach der Aufgabe beim Adressaten einlangen, bestimmt. Die Österreichische Post AG ist laut Abkommen in die höchste Qualitätskategorie (95%) eingestuft. Im Jahre 1999 erreichte die Post-AG einen Zustellwert von rund 80%. Dadurch entgingen ihr für dieses Jahr Vergütungen von rund 75 Millionen Schilling (5,45 Millionen Euro). Für das Jahr 2000 sollen der Post bis zu 14,53 Millionen Euro an Vergütungen entgangen sein, für das Jahr 2001 ist dieser Betrag noch unbekannt. Gleichzeitig geht die Post-AG davon aus, dass durch die getroffenen Maßnahmen (Postämterschließungen) im Jahr 2002 mindestens 150 Millionen Schilling (10,9 Millionen Euro) und ab dem Jahr 2003 die volle Einsparung von 300 Millionen Schilling (21,8 Millionen Euro) wirksam wird. Diese Zahlen legen den Schluss nahe, dass durch eine effiziente Reform im Zustellbereich (so auch die Empfehlung des Rechnungshofes) ohne Reduktion des Mitarbeiterstandes der im REIMS-II-Abkommen geforderte Zustellprozentsatz erreicht werden kann und durch die dadurch ausgeschütteten Vergütungen Gewinne in Höhe der genannten Einsparungswünsche erzielt werden.

Die durch die Universaldienstverordnung gestattete „Umstrukturierung“ erscheint auch durch den Umstand, dass die **Distribution** aus dem Bereich der Postämter herausgelöst und in eigene Zentren verlagert wird, skurril und teuer. Als **Beispiel** für diese Vorgangsweise soll das steirische Fladnitz an der Teichalm genannt werden. In diesem Gebiet wurden von vier Postämtern drei (Heilbrunn, St. Kathrein am Offenegg, Fladnitz an der Teichalm) geschlossen, eines, Passeil, bleibt offen. Die Briefträger aller vier Postämter – insgesamt zwölf Personen – sollen in einem Baumarkt in Passeil untergebracht werden. Absurd ist, dass zwar die Briefträger von ihren Postämtern ausgegliedert sind, die Räumlichkeiten im Baumarkt aber noch nicht zur Verfügung stehen. Im konkreten Fall folgt daraus, dass im Postamt Passeil statt bisher sechs jetzt acht Zusteller einquartiert sind, in Fladnitz vier. Diese vier Briefträger sollen auch nach Passeil, sodass auf einer Fläche für sechs Zusteller plötzlich zwölf arbeiten müssen.

Grundsätzlich sind durch diese Maßnahmen natürlich **keine Effizienzsteigerungen** im Bereich der Postzustellung zu erwarten, so berichtet auch der **ÖVP-Nationalratsabgeordnete** und Fraktionsvorsitzende im Rechnungshofausschuss **Wolfgang Großruck** im Neuen Volksblatt am 10. Mai 2002 über eine Häufung von Beschwerden, dass Briefsendungen viel zu spät oder gar nicht bei ihrem Empfänger ankommen, „der Postfuchs lahmt an allen vier Beinen“, ärgert sich Bürgermeister Großruck.

Sämtliche angesprochenen Problemstellungen konnten durch die Auskunftspersonen Bundesminister Ing. Reichhold und Generaldirektor Dr. Wais nicht ausgeräumt werden, sondern es verfestigte sich der Eindruck, dass Bundesminister Ing. Reichhold an der missglückten Postuniversaldienstverordnung seiner Vorgängerin ohne Einschränkungen festhalten wird und damit der Österreichischen Post-AG ermöglicht, gemeinwirtschaftlich sinnvolle Postämter zu schließen, Postdienstleistungen auf nicht exakt definierte

Postpartner auszulagern und damit letztlich ländliche Gemeinden in ihrer infrastrukturellen Beschaffenheit zu beschneiden.

3.2 Bundesministerium für Justiz – Bezirksgerichte:

Am 27. September 2001 berichtete Bundesminister Dr. Böhmendorfer an den Ministerrat, dass er ein Konzept einer idealtypischen Gerichtsorganisation entwickeln ließ. Dieses Reformkonzept habe er am 17. Februar 2001 bei der Landeshauptleute-konferenz und in der Folge allen Landesregierungen (mit Ausnahme von Wien) ausführlich präsentiert. Die Zusammenlegung der Bezirksgerichte nach dem Modell, ein BH-Sprengel möge einem BG-Sprengel entsprechen, werde von ihm nach wie vor prioritär verfolgt, aber von den Landeshauptleuten, insbesondere bei größeren BH-Sprengeln faktisch abgelehnt. Böhmendorfer äußerte gegenüber den Landeshauptleuten eine Schließungsvariante, nach der jene Bezirksgerichte zu schließen wären, deren zu erledigender Anfall weniger als zwei Richter auslastet. Der Justizminister ging im September 2001 von einem Sparpotential in einer Größenordnung von „bis zu 60 bis 120 Millionen Schilling“ (zirka 4 360 000 Euro bis 8 720 000 Euro) jährlich aus.

Der Justizminister ist bei der Änderung von Bezirksgerichtssprengeln gemäß § 8 Abs. 5 lit.d Übergangsgesetz 1920 in der Fassung 1925 an die **Zustimmung der Landesregierung** gebunden. Eine Änderung der Bezirksgerichtssprengel durch Verordnung der Bundesregierung ohne Zustimmung der Landesregierung wäre daher rechts- bzw. verfassungswidrig. Unbestritten ist, dass ein Reformbedarf bei der Organisation der Bezirksgerichte besteht. Böhmendorfer, der die Zusammenfassung der bisher bestehenden 192 Bezirksgerichte und 21 Landesgerichte zu 64 Eingangsgerichten als einen „Idealplan“ darstellt (APA vom 24. März 2002) ist hierfür auf die Zustimmung der Landesregierungen angewiesen.

In **Niederösterreich** und in der **Steiermark** haben die ÖVP-Mitglieder der Landesregierung die Zustimmung zur Veränderung der Gerichtssprengel erteilt, sodass in Niederösterreich bereits mit 1. Juli 2002 14 von 46 Bezirksgerichten zugesperrt werden. Es handelt sich um Aspang, Eggenburg, Großenzersdorf, Hainburg, Hainfeld, Herzogenburg, Kirchberg am Wagram, Langenlois, Mang, Pottenstein, Poysdorf, Retz, St. Peter in der Au und Wolkersdorf. Ebenso werden am 1. Juli 2002 zwölf von 35 Bezirksgerichten in der Steiermark endgültig geschlossen, es handelt sich um die Gerichte Bad Aussee, Birkfeld, Eibeswald, Eisenerz, Gröbming, Kindberg, Mariazell, Mureck, Neumarkt, Oberwölz, Rottenmann und Wilton.

Im **Burgenland** und **Vorarlberg** gibt es keine Zustimmung der Landesregierung zu den geplanten Schließungen der Bezirksgerichte Jennersdorf und Oberpullendorf sowie Petzau und Montafon.

In Tirol sollen zwei Bezirksgerichte, Hopfgarten und Matrei mit 1. Juli zusammengelegt werden, in **Salzburg** konnte nach langem Ringen mit dem Bundesministerium für Justiz eine Einigung, vor allem durch die Bemühungen von LH-Stv. Burgstaller, herbeigeführt werden, wonach nun sieben Bezirksgerichte geschlossen werden. Gleichzeitig sieht der getroffene Kompromiss unter anderem vor, dass mit den betroffenen Gemeinden über die Nutzung der leerwerdenden Gebäude verhandelt wird, wobei das Land bei allfälligem Kaufinteresse auch finanzielle Unterstützung anbietet. Außerdem werden auf Wunsch in jenen Gemeinden, wo ein Bezirksgericht geschlossen wird, wöchentliche Gerichtstage abgehalten.

Verheerend sind die Schließungspläne des Bundesministers für Justiz im Land Oberösterreich. Nachdem die Zustimmung der Landesregierung nicht erteilt wurde, sollen nach den Vorstellungen des Justizministeriums durch einfaches Gesetz 26 der 43 Bezirksgerichte geschlossen werden. Mit 1. Jänner 2003 sollen nachfolgend genannte Bezirksgerichte geschlossen werden: Aigen, Engelhartzell, Enns, Frankenmarkt, Grain, Grünburg, Haag am Hausruck, Kremsmünster, Lambach, Lembach, Leonfelden, Linz-Land, Mauerkirchen, Mauthausen, Mondsee, Neufelden, Neuhofen an der Krems, Obernberg am Inn, Peuerbach, Prärgarten, Raab, Schwanenstadt, Unterweissenbach, Weyr, Wildshut und Windischgarsten.

Der Justizminister beabsichtigt durch Bundesgesetz, eine Neuorganisation der Gerichtsbarkeit auf Stufe der Bezirksgerichte durchzuführen. In Form einer **Umgehungs-konstruktion** soll der Sitz bestimmter Bezirksgerichte außerhalb ihres Sprengels zum Sitz eines anderen Bezirksgerichtes verlegt werden. Das aufnehmende Bezirksgericht beherrscht dann im Rahmen der Verwaltungseinheit ein weiteres Bezirksgericht. Diese Vorgangsweise ist laut einem **Gutachten von Prof. DDr. Heinz Mayer** „**verfassungsmäßig erheblich fragwürdig**“. Laut Mayer ist damit zu rechnen, „dass der Verfassungsgerichtshof diese Maßnahmen als verfassungswidrig qualifiziert“.

Beilage 4: Gutachten von Prof. Mayer

Seltsam erscheint die Argumentationslinie von Minister Böhmendorfer betreffend der Bewertung der Notwendigkeit eines Bezirksgerichtes anhand der **Zahl der beschäftigten Richter**. Laut der Präsidentin der Richtervereinigung, Barbara Helige, ist die Anzahl der Richter „kein wirklicher Indikator, die Versorgung der Bevölkerung ist nicht von der Zahl der Richter abzulesen“. Grundsätzlich ist festzustellen, dass durch

die Zusammenlegung von Bezirksgerichten keine Reduktion des richterlichen und nichtrichterlichen Personals in der Justizverwaltung möglich ist, da der Arbeitsaufwand durch die bloße Veränderung der Gerichtssprengel nicht reduziert wird. Daraus folgt, dass sämtliche Einsparungen ausschließlich im Bereich der Infrastrukturkosten erfolgen müßten, das heißt, dass die durchschnittlichen (fiktiven) Mietkosten für die zu schließenden Kleinbezirksgerichte 64 000 Euro (Bundesminister Böhmdorfer geht in der Ausschuss-Sitzung vom 10. April 2002 von einer Kostenreduktion in Höhe dieses Betrages pro Standort aus) betragen.

Diese Zahl erscheint angesichts der geringen Raumausmaße der betroffenen Gerichtsgebäude als extrem überhöht und vollkommen unrealistisch.

In der Ausschuss-Sitzung am 10. April 2002 konfrontierte Abgeordneter Dr. Kräuter den Justizminister mit dessen Stellungnahme vom 24. April 2001 gegenüber dem ORF, in der dieser klar ausdrückte: „Die Landesregierungen haben ein Zustimmungsrecht bei Zusammenlegungen von Bezirksgerichten und sie sollen durchaus entscheiden, wo sie diese Zusammenlegungen am ehesten wünschen“. Der Justizminister beharrte aber ausdrücklich auf seiner Vorgangsweise, mittels einfachen Gesetzes die Sitze der betroffenen Gerichtssprengel zu ändern und damit eine Zustimmung der Landesregierungen zu umgehen.

Das heißt, dass obwohl sich der Bundesminister der höchstwahrscheinlich **verfassungswidrigen Vorgangsweise** bewußt ist, er im Begriff ist, eine Sitzverlegung außerhalb der betroffenen Gerichtssprengel durch einfaches Gesetz herbeizuführen.

3.3 Bundesministerium für Inneres – Gendarmerieposten

Innenminister Dr. Ernst Strasser schließt nach einer Beschreibung der Ausgangssituation im Hinblick auf die Struktur Anpassungen bei den Gendarmerieposten in seinem Bericht an den Unterausschuss, dass im Hinblick auf eine sicherheitsdienstliche Nahversorgung Zusammenlegungen nur dann sinnvoll seien, wenn ein gewisses Naheverhältnis zum Bürger und zu einem allfälligen Einsatzort gewahrt bleibe.

Exakt diesen Überlegungen wird bei der Umsetzung des Dienststellenstrukturgesetzes 2001 **nicht** entsprochen, sondern im Gegenteil, Postenschließungen ohne Erreichbarkeitsüberlegungen und ohne Rücksichtnahme auf das Sicherheitsgefühl der betroffenen Bürger aus rein parteipolitischen Motiven durchgeführt.

Der Behauptung Strassers, dass im Zuge dieser „Reform“ der Gendarmerie-posteninfrastruktur keine Planposten abgebaut werden, sondern ausschließlich Verwaltungsdienstposten eingespart werden, wurde durch Gendarmeriegeneral Oskar Strohmeyer entgegnet, dass die „Reformpläne“ im Innenministerium natürlich **Personaleinsparungen im großen Ausmaße** vorsehen und diese Strukturveränderung „einerseits den Bestand der Gendarmerie, andererseits die Sicherheit der Bürger gefährden könnten“.

Strohmeyer wurde nach seinen kritischen Äußerungen kurzfristig von seiner Funktion abgezogen und der Flugpolizei zugeteilt.

Konkret hielt Strasser in der Sitzung des Unterausschusses am 29. Mai 2002 (Protokoll Seite 7) fest, dass „keine einzige Planstelle in den Jahren 2000 und 2001 weggekommen sei und keine einzige Planstelle auf Grund der Maßnahmen, die jetzt in diesen Wochen gesetzt werden, im Jahre 2002 von einem Gendarmerieposten oder -wachzimmer im gesamten Bundesgebiet wegkommen“ werde. Diese Feststellung des Innenministers ist falsch, tatsächlich wurden im Jahre 2000 181 Planstellen im Bereich der Gendarmerie eingespart, diese Planstellen wurden vom Bereich der Grenzgendarmarie in Ostösterreich abgezogen. Diese Reduktion erfolgte vor dem Hintergrund, dass in diesem Gebiet im Jahre 2001 47 500 Illegale, davon 2 000 Schlepper, durch die Grenzgendarmarie aufgegriffen wurden. **Strasser hat somit hinsichtlich der Reduktion von Planstellen gegenüber dem Ausschuss die Unwahrheit ausgesagt.**

Mit welcher Härte die „Umfärbelung“ im Bereich der Sicherheitsverwaltung vollzogen wird und wie dafür auch die Schließungen von Gendarmerie-posten herangezogen werden, soll anhand einiger Beispiele illustriert werden.

– Schließung des Gendarmeriepostens Sinabelkirchen, Stmk:

Dieser Gendarmerieposten soll nach Plänen Strassers in den Markt Hartmannsdorf abgesiedelt werden. Hartmannsdorf ist eine um 1 000 Einwohner kleinere Gemeinde als Sinabelkirchen und ist auch eine Vergrößerung des dortigen Gendarmeriepostens für die Aufnahme der Bediensteten aus dem Gendarmerieposten Sinabelkirchen erforderlich. Die parteipolitische Schließung des Sinabelkirchner Gendarmeriepostens manifestiert sich in der Bemerkung des **ÖVP-Abgeordneten Trinkl** anlässlich einer Sicherheits-enquete im Bezirk Weiz, wo dieser festhielt, dass man in „Sinabelkirchen schauen sollte, dass wieder ein schwarzer Bürgermeister an die Macht kommt, dann gäbe es auch wieder einen Gendarmerieposten“.

– Schließung des Gendarmeriepostens Kaltenbach:

Im mittleren Zillertal wurde die Konkurrenz zweier Gemeinden um das neu zu bauende Gendarmeriepostengebäude für die **ÖVP-Gemeinde Ried** entschieden. Die Gemeinde Kaltenbach (SPÖ-Bürgermeister BR Klaus Gasteiger) verlor den seit 1918 im Gemeindegebiet bestehenden Gendarmerieposten, obwohl das Projekt der Gemeinde Kaltenbach aus wirtschaftlicher Sicht bei nahezu gleichen Eckdaten eindeutig zu bevorzugen war, da die jährliche Mietzinsbelastung um 45 516 S geringer ist als das Vergleichsprojekt in Ried, für das Mietverhältnis lediglich die ortsübliche Kündigungsfrist von drei Monaten begehrt wurde und dadurch auch erhebliche geringere Vergebührgskosten für den Mietvertrag entstehen würden.

Nach einer Wirtschaftlichkeitsaufstellung, erstellt vom Landesgendarmeriekommando für Tirol, ergibt sich nachfolgender **Vergleich** zwischen den Projekten Ried und Kaltenbach.

	Ried i. Z. (Gde u.Kamm.)	Kaltenbach (NHT)
Nutzfläche	zirka 290 m ²	zirka 257 m ²
Nettomietzins je m ² für UK Räume	68 S	68 S
Garagenstellplätze netto	1 600 S	1 600 S
Kosten für sechs Stellplätze	1 000 S	Unentgeltlich
Gesamtmietzins, brutto	26 524 S	22 731 S
Wertanpassung	10% VPI 1996	10% VPI 1996
Kündigungsfrist, -verzicht	zehn Jahre beiderseitig	drei Monate
Sonstiges		Unentgeltliche Bereitstellung zusätzlicher Flächen im angrenzenden Bauhofareal
Grundausrüstung bauseits:	<ul style="list-style-type: none"> – Einbruchshemmende Posteneingangstüre – Beleuchtung Gänge, Nassräume – Kabelkanäle für EDV-Installation – Leerverrohrung für Sprachstellen 	<ul style="list-style-type: none"> – Einbruchshemmende Posteneingangstüre – Beleuchtung Gänge, Nassräume – Kabelkanäle für EDV-Installation – Leerverrohrung für Sprechstellen
Ausführung durch BG:	<ul style="list-style-type: none"> – EDV-Telefonverkabelung – Übrige Innenraumbeleuchtung – Aufpreis beschusssichere Ausführung Sicherheitsschleuse – Einbruchshemmende Ausführung Waffenraumtüre – Torsprechstelle 	<ul style="list-style-type: none"> – EDV-Telefonverkabelung – Übrige Innenraumbeleuchtung – Aufpreis beschusssichere Ausführung Sicherheitsschleuse – Einbruchshemmende Ausführung Waffenraumtüre – Torsprechstelle
Kosten für gendarmeriespezifische Adaptierungsmaßnahmen	zirka 320 000 S (geschätzt)	zirka 320 000 S (geschätzt)

Insgesamt überwogen bei weitem die Vorteile für die Belassung dieser Dienststelle im Gemeindegebiet von Kaltenbach, da sich das angebotene Büroobjekt in zentralen Lagen und in unmittelbarer Nähe zu öffentlichen Einrichtungen befand, die Verlegung nach Ried eine dezentrale Lage innerhalb des Rayons bewirkt, sowie der für das Jahr 2002 geplante Zusammenschluss der Schigebiete Hochzillertal und Hochfügen mit der Talstation in Kaltenbach einen erheblichen Belastungsanstieg für das Gemeindegebiet von Kaltenbach erwarten lässt.

Auch wurde auf Grund des Wirtschaftlichkeitsvergleiches vom Landesgendarmeriekommando für Tirol ausdrücklich der Verbleib des Gendarmeriepostens in Kaltenbach empfohlen. Doch verlief die Entscheidung des Bundesministers zugunsten des weniger vorteilhaften Objektes in Ried und zugunsten des dortigen ÖVP-Bürgermeisters, der bereits am Faschingsdienstag 2002 die Bevölkerung über den Zuschlag für Ried informierte, während die Gemeindevertretung von Kaltenbach erst eine Woche später informell über die Entscheidung informiert wurde.

– Schließung des Gendarmeriepostens Wundschuh/Stmk:

Die parteipolitisch motivierten Machenschaften von Bundesminister Dr. Strasser werden auch im Bereich der Schließung des Gendarmeriepostens Wundschuh und der Aufrechterhaltung des Gendarmeriepostens Übelbach, wo bekanntlich ein „**schwarzer Gewerkschafter**“ sitzt (Steirerkrone, 22. Juni 2002), sichtbar.

Anhand einer Anfragenbeantwortung des Innenministers (3030/AB vom 7. Jänner 2002) wird deutlich, dass der geschlossene Gendarmerieposten Wundschuh wesentlich mehr statistisch belegbare Tätigkeiten vollzog, als der aufrechterhaltene Gendarmerieposten Übelbach.

**Auszug aus dem Tätigkeitsnachweis:
(in absoluten Zahlen)**

	GP Wundschuh				GP Übelbach			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
Angezeigte Verbrechen	6	18	14	9	7	2	4	6
Angezeigte Vergehen	35	38	45	37	41	29	34	64
BH-Anzeigen	226	205	200	152	38	32	71	20
BH-Aufträge	418	422	437	435	213	259	246	270
Organ-Mandate	197	274	183	84	64	83	38	30
Verkehrs-Unfälle	45	43	56	53	14	19	22	23

– Schließung der St. Pöltner Polizeiwachzimmer Pottenbrunn, St. Georgen und Wagram:

Nicht nur in den ländlichen Regionen, sondern auch in der Stadt St. Pölten droht die Schließung von Dienststellen der Sicherheitsverwaltung, so sollen die Wachzimmer Pottenbrunn, St. Georgen und Wagram ersatzlos geschlossen werden. Insgesamt sind diese drei Polizeiwachzimmer für rund 11 000 BürgerInnen von St. Pölten örtlich zuständig, das heißt es handelt sich hier um mehr als ein Fünftel der Stadtbevölkerung und ein Drittel des Stadtgebietes. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leidet unter der beabsichtigten Schließung und ist diese vollkommen unbegründet, da in den betroffenen Gebieten, vor allem in den letzten Jahren eine verstärkte Bautätigkeit (Wohnbau und Infrastruktur) erfolgt ist und somit eine starke Einbruchshäufigkeit festzustellen ist. Dieser ganze Vorgang erfolgt vor dem Hintergrund sinkender Personalzahlen bei der St. Pöltner Sicherheitswache, so verzeichnete der Dienstpostenplan der Bundespolizeidirektion St. Pölten im Jahr 2000 einen Stand von 202 Planposten, im Jahr 2002 beträgt die Zahl der Dienstposten laut Dienstpostenplan nur noch 198, tatsächlich eingesetzt sind aber nur 190 Beamte. Mehrere Versuche der St. Pöltner Stadtvertreter scheiterten bisher an den Maßnahmen des Bundesministeriums für Inneres.

Neben den genannten Beispielen wurden laut Bericht des Innenministers nachfolgende Gendarmerieposten geschlossen bzw. werden diese im Zuge der „Strukturreform“ geschlossen:

				Umsetzung
LGK	BGK	aufzulösende Dienststelle(n)	voraussichtlich	Realisiert
Bgld	Oberpullendorf	GP Mannersdorf /R 4		01.01.02
Bgld	Oberwart	GP Schachendorf 4		01.01.02
Bgld	Eisenstadt-Umgeb	GP Mörbisch 4		01.03.02
Bgld	Mattersburg	GP Schattendorf 5		01.03.02
Bgld	Oberpullendorf	GÜP Lockenhaus 18		01.03.02
Bgld	Oberwart	GP Rechnitz 6		01.03.02
Bgld	Oberpullendorf	GP Großwarasdorf 4	Juli 02	00.00.00
Bgld	Oberpullendorf	GÜP Nikitsch 25	Juli 02	00.00.00
Bgld	Oberwart	GP Stadtschlaining 4	Juli 02	00.00.00
Bgld	Jennersdorf	GP Rudersdorf 6	Dez. 03	00.00.00
Bgld	Jennersdorf	GP Heiligenkreuz/L 8	Dez. 03	00.00.00
Ktn	Völkermarkt	GP Bad Eisenkappel 5	Juli 02	00.00.00
Ktn	Feldkirchen	GP Ossiach 4	Okt. 02	00.00.00
Ktn	Feldkirchen	GP Sirnitz 3 (WE)	Okt. 02	00.00.00
Ktn	Klagenfurt-Land	GP Schiefling 4	Okt. 02	00.00.00
Ktn	Hermagor	GP Rattendorf 5	Jän. 03	00.00.00

LGK	BGK	aufzulösende Dienststelle(n)	voraussichtlich	Umsetzung
				Realisiert
Ktn	Klagenfurt-Land	GÜP Ferlach 21	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Klagenfurt-Land	GP Zell Pfarre 3	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Spittal an der Drau	GP Dellach	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Villach	GP Thörl-Maglern 13	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Villach	GP Riegersdorf 7	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Völkermarkt	GP Neuhaus 3	Jän. 03	00.00.00
Ktn	Völkermarkt	GÜP Ebersdorf 18	Jän. 03	00.00.00
NÖ	Baden	GP Pfaffstätten 8		01.11.01
NÖ	Gänserndorf	GP Dürnkrot 7		01.11.01
NÖ	Horn	GP Drosendorf 4		01.11.01
NÖ	Korneuburg	GP Sierndorf 4		01.11.01
NÖ	Krems/Land	GP Lichtenau 5		01.11.01
NÖ	Melk	GP Yspertal 4		01.11.01
NÖ	Melk	GP Erlauf 6		01.11.01
NÖ	Mistelbach	GP Schleinbach 6		01.11.01
NÖ	Mödling	GP Kaltenleutgeben 4		01.11.01
NÖ	Neunkirchen	GP Schwarzau i G 3		01.11.01
NÖ	Scheibbs	GP Göstling 3		01.11.01
NÖ	Gänserndorf	GP Marchegg 8		01.12.01
NÖ	St. Pölten	GP Kapelln 4		01.12.01
NÖ	Tulln	GP Absdorf 5		01.12.01
NÖ	Waidhofen/Thaya	GP Karlstein/Thaya		01.12.01
NÖ	Wien-Umgebung	GP Schwadorf 6		01.12.01
NÖ	Wien-Umgebung	GP Ebergassing 6		01.12.01
NÖ	Zwettl	GP Schweiggers 4		01.12.01
NÖ	Zwettl	GP Göpfritz/Wild 5		01.12.01
NÖ	Zwettl	GP Gutenbrunn 3		01.12.01
NÖ	Amstetten	GP Ybbsitz 4		01.02.02
NÖ	Bruck a.d.Leitha	GP Bad Deutschaltenburg		01.02.02
NÖ	Wien-Umgebung	GP Tullnerbach 7		01.02.02
NÖ	Wien-Umgebung	GP Kritzensdorf 7		01.02.02
NÖ	Wien-Umgebung	GP Kierling 6		01.02.02
NÖ	Wr. Neustadt	GP Waldegg 4		01.02.02
NÖ	Wr. Neustadt	GP Krumbach 4		01.02.02
NÖ	Mistelbach	GP Großkrut 5		01.04.02
NÖ	Hollabrunn	GP Pulkau 5	Jun. 02	00.00.00
NÖ	Wr. Neustadt	GP Hochwolkersdorf 4	Sept. 02	00.00.00
NÖ	Melk	GP Marbach 4	Dez. 02	00.00.00
NÖ	Horn	GP Sigmundsherberg 5	Dez. 03	00.00.00
NÖ	Krems/Land	GP Mitterarnsdorf 5	Dez. 03	00.00.00
NÖ	Neunkirchen	GP Wimpassing 7	Dez. 03	00.00.00
NÖ	Scheibbs	GP Steinakirchen a.Forst 5	Dez. 03	00.00.00
NÖ	Amstetten	GP Ennsdorf 5	Dez. 04	00.00.00
NÖ	Bruck/Leitha	GP Götzendorf/Leitha 6	Dez. 04	00.00.00
NÖ	Gmünd	0	Dez. 06	00.00.00
OÖ	Eferding	GP Alkoven 6		01.02.02

				Umsetzung
LGK	BGK	aufzulösende Dienststelle(n)	voraussichtlich	Realisiert
OÖ	Freistadt	GP Rainbach 6		01.02.02
OÖ	Freistadt	GP Unterweißenbach 6		01.02.02
OÖ	Kirchdorf/Krems	GP Wartberg 6		01.02.02
OÖ	Linz-Land	GP Kronstorf 6		01.02.02
OÖ	Perg	GP Baumgartenberg 5		01.02.02
OÖ	Perg	GP Schwertberg 7		01.02.02
OÖ	Rohrbach	GP Haslach/Mühl 6		01.02.02
OÖ	Rohrbach	GP Hofkirchen 6		01.02.02
OÖ	Urfahr-Umgebung	GP Feldkirchen 7		01.02.02
OÖ	Vöcklabruck	GP Regau 9		01.02.02
OÖ	Vöcklabruck	GP Attersee 5	Jul. 02	00.00.00
OÖ	Vöcklabruck	GP Weyregg 6	Jul. 02	00.00.00
OÖ	Schärding	GP Taufkirchen a.d. Pram	Nov. 02	00.00.00
OÖ	Wels	GP Stadl Paura 11	Nov. 02	00.00.00
Szbg	Salzburg-Umgeb.	GP Großmain 3		01.11.01
Szbg	Zell am See	GP Leogang 4		01.11.01
Szbg	Hallein	GP Annaberg-Lungötz 2		01.12.01
Szbg	Tamsweg	GP Ramingstein 2		01.01.02
Szbg	Zell am See	GP Unken 5		01.02.02
Szbg	Salzburg-Umgeb.	GP Mattsee 6		01.03.02
Szbg	Hallein	GP Puch 4	Juli 02	00.00.00
Szbg	Hallein	GP Kuchl 7	Dez. 02	00.00.00
Szbg	Zell am See	GP Bramberg 4	Dez. 03	00.00.00
Szbg	Zell am See	GP Uttendorf 5	Dez. 03	00.00.00
Szbg	St.Johann/Pong.	GP Filzmoos 4	Dez. 04	00.00.00
Szbg	St.Johann/Pong.	GP Niedernfritz 7	Dez. 04	00.00.00
Szbg	Zell am See	GP Lend 7	Dez. 04	00.00.00
Stk	Deutschlandsberg	GP St. Martin/Sulmtal 4		15.11.01
Sk	Deutschlandsberg	GP Bad Gams 4		15.11.01
Stk	Graz-Umgebung	GP Wundschuh 3		15.11.01
Stk	Hartberg	GP Stubenberg 5 (SE)		15.11.01
Stk	Leibnitz	GP Ehrenhausen 5		15.11.01
Stk	Leibnitz	GP Ehrenhausen 5		15.11.01
Stk	Leoben	GP Wald/Sch. 5		15.11.01
Stk	Liezen	GP Selzthal 4		15.11.01
Stk	Weiz	GP Fischbach 2		15.11.01
Stk	Liezen	GP Stein/Enns 4		01.12.01
Stk	Hartberg	GP Grafendorf/Hb. 5		01.01.02
Stk	Hartberg	GP Waldbach 5		01.01.02
Stk	Radkersburg	GP Bad Radkersburg 19		01.02.02
Stk	Deutschlandsberg	GP St. Oswald/E 4		01.03.02
Stk	Leibnitz	GP Arnfels 9		01.03.02
Stk	Voitsberg	GP Bärnbach 8	Sept.02	00.00.00
Stk	Graz-Umgebung	GP St. Radegund 6	Dez. 03	00.00.00
Stk	Graz-Umgebung	St. Oswald/Pl. 4	Dez. 03	00.00.00
Stk	Weiz	GP Puch 4	Dez. 03	00.00.00

				Umsetzung
LGK	BGK	aufzulösende Dienststelle(n)	voraussichtlich	Realisiert
Stk	Bruck a.d. Mur	GP Schirmitzbühel 11	Dez. 04	00.00.00
Stk	Graz-Umgebung	GP Gratkorn 13	Dez. 04	00.00.00
Stk	Graz-Umgebung	GP Stattegg 2	Dez. 04	00.00.00
Stk	Mürzzuschlag	GP Stanz 3	Dez 04	00.00.00
Stk	Mürzzuschlag	GP Mitterdorf 8	Dez 04	00.00.00
Stk	Weiz	GP Sinabelkirchen 4	Dez. 04	00.00.00
Stk	Bruck a.d. Mur	GP Breitenau 4	Dez. 05	00.00.00
Tirol	Imst	GP Obermieming 5		01.10.01
Tirol	Kufstein	GP Vorderthiersee 4		01.10.01
Tirol	Landeck	GP Flirsch 6		01.10.01
Tirol	Reutte	GP Weißenbach a.L. 6		01.10.01
Vbg	Bregenz	GP Warth 3 (WE)		01.05.02
Vbg	Bregenz	GP Bregenz-Vorkloster 27	Dez. 04	00.00.00

4. Schlussfolgerungen

Die mangelnde Mobilität vieler Menschen in den betroffenen Regionen schließt sie weitgehend von der Inanspruchnahme überregionaler, öffentlicher Dienstleistungen aus, zumal die öffentlichen Verkehrseinrichtungen fehlen bzw. zunehmend reduziert werden. Aber auch als Standortfaktor für die Wirtschaft ist die öffentliche Infrastruktur für ohnedies bereits benachteiligte Regionen wesentlich. Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze erwarten die Betriebe auch leicht erreichbare öffentliche Dienstleistungen, daher ist diese Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, um eine Gleichbehandlung der ländlichen mit begünstigten Regionen sicherzustellen.

Grundsätzlich werden seitens der Sozialdemokratischen Partei Initiativen zur Verwaltungsreform begrüßt. Eine moderne, effiziente und dem sozialdemokratischen Grundverständnis von Demokratie und sozialem Ausgleich entsprechende Verwaltung bzw. Verwaltungsreform hat sich aber am Erfordernis der Qualitätsverbesserung und des Angebotes der Leistung zu orientieren, wobei die Bedürfnisse der BürgerInnen im Vordergrund stehen müssen. Bund, Länder und Gemeinden haben im Interesse der Menschen gemeinsam die Bedingungen für eine effektive Verwaltung zu schaffen, dabei soll auch das Ziel verfolgt werden, die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände als unterste demokratische Ebene stärker zu positionieren und ihre Bedeutung aufzuwerten.

Aus den genannten Gründen und den unter 3.1 bis 3.3. aufgezeigten, von der Regierung zu verantwortenden, Missständen lassen sich nach-folgende Maßnahmen für die Erhaltung bzw. Schaffung lebenswerter Regionen ableiten.

– Evaluierung der Regierungsmaßnahmen im ländlichen Raum:

Rücknahme bzw. Evaluierung der Maßnahmen der Regierung bei der Schließung von Gendarmerieposten, Bezirksgerichten und Postämtern.

– Aufwertung der Gemeinden:

Stärkung des Selbstverwaltungsbereiches Kommune als unterste Ebene demokratischer Entscheidungsprozesse.

Die Aufwertung der Gemeinden und Gemeindeverbände bedingt eine neue Aufgabenteilung, insbesondere zwischen Kommune und Land. Kommunen sind in der Lage, eine Reihe von Agenden zu übernehmen, die derzeit auf der Bezirks- oder Landesebene angesiedelt sind. Das bei Sachverständigen im Bezirk und Land gegebene spezielle Wissen ist zu bündeln und den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden zur Verfügung zu stellen.

– Errichtung von Service- und Infocenters in den Gemeinden:

Um den BewohnerInnen des ländlichen Raumes den Zugang zu politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Angeboten sicherzustellen, wären in jeder Gemeinde ein Service- bzw. Infocenter zu errichten. Dabei ist von folgendem Angebot auszugehen:

- Kostenloser Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien

- Post und Postdienste
- Rechts-, Gesundheits- und Familienberatung
- Zugang zu Hilfs- und Beratungsorganisationen
- Aufbau regionaler Informationssysteme
- Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum:

Trotz Vorlage eines Generalverkehrsplanes stockt der Ausbau von Straße, Schiene und Telekommunikationseinrichtungen. Durch die Verlängerung der Bundesstraßen fehlt eine übergeordnete Koordinierung, die früher vom Bund wahrgenommen wurde.

Ferner ist auf die Stärkung bzw. Erweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die Bildung regionaler Verkehrsverbände (wie etwa im Raum Perg in Oberösterreich oder in der Region Aichfeld-Murboden in der Steiermark) zusätzlich zu den Landesverkehrsverbänden Rücksicht zu nehmen.

– **Neuordnung der Agrarförderung:**

Derzeit kommen nur 3% der Förderungen für den ländlichen Raum nicht-landwirtschaftlichen Projekten zugute. Mit der derzeitigen Politik gibt Schwarz-Blau auf keine der dringenden sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen für die Zukunft der ländlichen Regionen eine adäquate Lösung.

Beilagen:

- ./1 Von der Schließung betroffene Postämter
- ./2 Sideletter zur Postuniversaldienstverordnung
- ./3 Postuniversaldienstverordnung
- ./4 Prof. Mayer-Gutachten

Beilage 1**Von der Schließung betroffene Postämter**

PLZ	ORT	Planung Zusammen- legungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
4625	Offenhausen, OÖ	24.09.2001	J	OÖ
5584	Zederhaus	01.10.2001	J	Salzburg
4682	Geboltskirchen	08.10.2001	J	OÖ
7223	Sieggraben	27.10.2001	J	NÖ Ost/Bgld.
5603	Kleinarl	31.10.2001	J	Salzburg
4332	Au, Donau	30.11.2001		OÖ
4382	Sarmingstein	04.01.2002		OÖ
4721	Altschwendt	04.01.2002		OÖ
4131	Obermühl	18.01.2002		OÖ
2024	Mailberg	15.02.2002		NÖ West
2032	Enzersdorf im Thale	15.02.2002	N	NÖ West
2113	Karnabrunn	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2125	Neubau, NÖ	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2144	Altlichtenwarth	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2162	Falkenstein bei Poysdorf	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2262	Stillfried	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2385	Breitenfurt bei Wien	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2412	Wolfsthal	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2423	Deutsch Jahrdorf	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2454	Trautmannsdorf an der Leitha	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2652	Hirschwang an der Rax	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2661	Naßwald	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2723	Muthmannsdorf	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2724	Hohe Wand-Stollhof	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2802	Hochwolkersdorf	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2803	Schwarzenbach, Bez. Wr. Neu- stadt	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2812	Hollenthon	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2832	Thernberg, NÖ	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3144	Wald, NÖ	15.02.2002	N	NÖ West
3231	St. Margarethen an der Sierning	15.02.2002	N	NÖ West
3463	Stetteldorf am Wagram	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3472	Hohenwarth, Manhartsberg	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3482	Gösing, Wagram	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3483	Feuersbrunn	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3752	Walkenstein	15.02.2002	N	NÖ West
3862	Eisgarn	15.02.2002	N	NÖ West
3962	Heinrichs bei Weitra	15.02.2002	N	NÖ West
3973	Karlstift	15.02.2002	N	NÖ West
4453	Trattenbach, OÖ	15.02.2002	N	OÖ
4624	Pennewang	15.02.2002	N	OÖ
4732	St. Thomas bei Waizenkirchen	15.02.2002	N	OÖ
4854	Weißbach am Attersee	15.02.2002	N	OÖ

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
7564	Dobersdorf, Bgld.	15.02.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
8182	Puch bei Weiz	15.02.2002	J	Steiermark
8294	Unterrohr bei Hartberg	15.02.2002	N	Steiermark
8424	Gabersdorf, Steiermark	15.02.2002	N	Steiermark
8473	Weitersfeld an der Mur	15.02.2002	N	Steiermark
8581	Köflach-Pichling	15.02.2002	J	Steiermark
8612	Tragöß-Oberort	15.02.2002	N	Steiermark
8622	Etmühl	15.02.2002	N	Steiermark
8664	Großveitsch	15.02.2002	J	Steiermark
8706	Leoben	15.02.2002	N	Steiermark
8785	Hohentauern	15.02.2002	N	Steiermark
8795	Radmer	15.02.2002	N	Steiermark
8812	Mariahof	15.02.2002	N	Steiermark
8913	Gstatterboden	15.02.2002	N	Steiermark
4571	Steyring	22.02.2002	N	OÖ
4672	Bachmanning	22.02.2002	N	OÖ
4862	Kammer am Attersee	22.02.2002	N	OÖ
8772	Timmersdorf	22.02.2002	J	Steiermark
8942	Wörschach	22.02.2002	J	Steiermark
2022	Immendorf, NÖ	28.02.2002	N	NÖ West
2031	Eggendorf im Thale	28.02.2002	N	NÖ West
2033	Kammersdorf	28.02.2002	N	NÖ West
2053	Jetzelsdorf	28.02.2002	N	NÖ West
2083	Pleißing	28.02.2002	N	NÖ West
2092	Riegersburg, NÖ	28.02.2002	N	NÖ West
3162	Rainfeld, Gölßen	28.02.2002	N	NÖ West
3195	Kernhof	28.02.2002	N	NÖ West
3211	Loich	28.02.2002	N	NÖ West
3212	Schwarzenbach an der Pielach	28.02.2002	N	NÖ West
3272	Scheibbs-Neustift	28.02.2002	N	NÖ West
3294	Langau bei Gaming	28.02.2002	N	NÖ West
3506	Krems-Hollenburg	28.02.2002	N	NÖ West
3543	Krumau am Kamp	28.02.2002	N	NÖ West
3544	Idolsberg	28.02.2002	N	NÖ West
3564	Plank am Kamp	28.02.2002	N	NÖ West
3613	Albrechtsberg an der Großen Krems	28.02.2002	N	NÖ West
3743	Röschitz	28.02.2002	N	NÖ West
3944	Pürbach	28.02.2002	N	NÖ West
4231	Untergaisbach	28.02.2002	N	OÖ
4352	Klam bei Grein	28.02.2002	N	OÖ
4754	Andrichsfurt	28.02.2002	N	OÖ
4793	St. Roman bei Schärding	28.02.2002	N	OÖ
4821	Lauffen, Salzkammergut	28.02.2002	N	OÖ
5134	Schwand im Innkreis	28.02.2002	N	OÖ
5503	Mitterberghütten	28.02.2002	N	Salzburg

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
5521	Niedernfritz	28.02.2002	N	Salzburg
5523	Lungötz	28.02.2002	N	Salzburg
5672	Fusch an der Großglocknerstraße	28.02.2002	N	Salzburg
5752	Viehhofen, Pinzgau	28.02.2002	N	Salzburg
9335	Lölling	01.03.2002		Kärnten
9629	Sonnleitn	01.03.2002		Kärnten
3573	Rosenburg	08.03.2002	N	NÖ West
3592	Röhrenbach, Bez. Horn	08.03.2002	N	NÖ West
3594	Franzen	08.03.2002	N	NÖ West
3702	Niederrußbach	08.03.2002	N	NÖ West
3923	Jagenbach	08.03.2002	N	NÖ West
3924	Rosenau Schloß	08.03.2002	N	NÖ West
4074	Stroheim	08.03.2002	N	OÖ
4182	Waxenberg	08.03.2002	N	OÖ
4511	Allhaming	08.03.2002	N	OÖ
4691	Breitenschützing	08.03.2002	N	OÖ
5271	Moosbach bei Mauerkirchen	08.03.2002	N	OÖ
6082	Patsch	08.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6611	Heiterwang	08.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6633	Biberwier	08.03.2002	N	Tirol/Vbg.
8153	Geistthal	08.03.2002	N	Steiermark
8273	Ebersdorf bei Hartberg	08.03.2002	N	Steiermark
8293	Wörth an der Lafnitz	08.03.2002	N	Steiermark
8592	Salla	08.03.2002	N	Steiermark
8636	Seewiesen	08.03.2002	N	Steiermark
8951	Trautenfels	08.03.2002	N	Steiermark
8954	St. Martin am Grimming	08.03.2002	N	Steiermark
9313	St. Georgen am Längsee	08.03.2002		Kärnten
9323	Wildbad Einöd	08.03.2002	N	Steiermark
4133	Niederkappel	12.03.2002	N	OÖ
4141	Pfarrkirchen im Mühlkreis	14.03.2002	N	OÖ
2164	Wildendürnbach	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2171	Herrnbaumgarten	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2211	Pillichsdorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2221	Groß Schweinbarth	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2223	Hohenruppersdorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2245	Velm-Götzendorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2264	Jedenspeigen	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2272	Niederabsdorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2293	Marchegg Stadt	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2295	Oberweiden	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2833	Bromberg, NÖ	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2871	Zöbern	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2873	Feistritz am Wechsel	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3344	St. Georgen am Reith	15.03.2002	N	NÖ West
3421	Höflein an der Donau	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
3473	Mühlbach am Manhartsberg	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3474	Altenwörth	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3595	Brunn an der Wild	15.03.2002	N	NÖ West
3704	Glaubendorf	15.03.2002	N	NÖ West
3713	Harmansdorf, Manhartsberg	15.03.2002	N	NÖ West
3721	Limberg, NÖ	15.03.2002	N	NÖ West
3722	Straning	15.03.2002	N	NÖ West
3761	Messern	15.03.2002	N	NÖ West
3873	Brand, Bez. Gmünd	15.03.2002	N	NÖ West
4392	Dorfstetten	15.03.2002	N	NÖ West
4574	Vorderstoder	15.03.2002	N	OÖ
4692	Niederthalheim	15.03.2002	N	OÖ
5151	Nußdorf am Haunsberg	15.03.2002	N	Salzburg
5272	Treibach	15.03.2002	N	OÖ
5705	Zell am See-Thumersbach	15.03.2002	N	Salzburg
6672	Nesselwängle	15.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6677	Schattwald	15.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6721	Thüringerberg	15.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6733	Fontanella, Vbg.	15.03.2002	N	Tirol/Vbg.
7342	Kaisersdorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7435	Unterkohlstätten	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7441	Pilgersdorf	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7464	Markt Neuhodis	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
8334	Lödersdorf	15.03.2002	N	Steiermark
8383	St. Martin an der Raab	15.03.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
8385	Neuhaus am Klausenbach	15.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
8565	St. Johann ob Hohenburg	15.03.2002	N	Steiermark
8593	Graden bei Köflach	15.03.2002	N	Steiermark
8703	Leoben	15.03.2002	N	Steiermark
8841	Frojach	15.03.2002	N	Steiermark
8852	Stolzalpe	15.03.2002	N	Steiermark
8904	Ardning	15.03.2002	N	Steiermark
8912	Johnsbach, Steiermark	15.03.2002	N	Steiermark
3744	Stockern	22.03.2002	N	NÖ West
3811	Kirchberg an der Wild	22.03.2002	N	NÖ West
4262	Leopoldschlag	22.03.2002	N	OÖ
4542	Nußbach, OÖ	22.03.2002	N	OÖ
4572	St. Pankraz	22.03.2002	N	OÖ
4741	Wendling bei Haag	22.03.2002	N	OÖ
4782	Schärding	22.03.2002	N	OÖ
6644	Elmen	22.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6651	Häselgehr	22.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6943	Riefensberg	22.03.2002	N	Tirol/Vbg.
8642	St. Lorenzen im Mürztal	22.03.2002	J	Steiermark
8694	Frein an der Mürz	22.03.2002	N	Steiermark
8715	St. Lorenzen bei Knittelfeld	22.03.2002	J	Steiermark

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
8864	Turrach	22.03.2002	N	Steiermark
8922	Gams bei Hieflau	22.03.2002	J	Steiermark
8932	Weißbach an der Enns	22.03.2002	N	Steiermark
8965	Pruggern	22.03.2002	J	Steiermark
8982	Tauplitz	22.03.2002	J	Steiermark
8984	Kainisch	22.03.2002	N	Steiermark
2052	Pernersdorf-Pfaffendorf	29.03.2002	N	NÖ West
2063	Zwingendorf	29.03.2002	N	NÖ West
2064	Wulzeshofen	29.03.2002	N	NÖ West
2073	Schrattenthal	29.03.2002	N	NÖ West
2094	Zissersdorf bei Geras	29.03.2002	N	NÖ West
2473	Potzneusiedl	29.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2475	Neudorf	29.03.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3061	Ollersbach	29.03.2002	N	NÖ West
3072	Kasten bei Böheimkirchen	29.03.2002	N	NÖ West
3074	Michelbach, NÖ	29.03.2002		NÖ West
3602	Rossatz	29.03.2002	N	NÖ West
3762	Ludweis	29.03.2002	N	NÖ West
4281	Mönchdorf	29.03.2002	N	OÖ
4612	Scharten	29.03.2002	N	OÖ
4715	Taufkirchen an der Trattnach	29.03.2002	N	OÖ
4845	Rutzenmoos	29.03.2002	N	OÖ
6121	Baumkirchen	29.03.2002	?	Tirol/Vbg.
6423	Mötz	29.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6719	Bludesch	29.03.2002	N	Tirol/Vbg.
6843	Götzis-Wirtschaftspark	29.03.2002	N	Tirol/Vbg.
8343	Trautmannsdorf in Oststeiermark	29.03.2002	N	Steiermark
8561	Söding	29.03.2002	J	Steiermark
8573	Kainach bei Voitsberg	29.03.2002	N	Steiermark
8591	Maria Lankowitz	29.03.2002	J	Steiermark
8682	Mürzzuschlag-Hönigsberg	29.03.2002	J	Steiermark
8684	Spital am Semmering	29.03.2002	J	Steiermark
8733	St. Marein bei Knittelfeld	29.03.2002	N	Steiermark
8754	Thalheim, Mur	29.03.2002	N	Steiermark
8756	St. Georgen ob Judenburg	29.03.2002	N	Steiermark
8765	St. Johann am Tauern	29.03.2002	N	Steiermark
8783	Gaishorn am See	29.03.2002	J	Steiermark
8853	Ranten	29.03.2002	N	Steiermark
8863	Predlitz	29.03.2002	N	Steiermark
8924	Wildalpen	29.03.2002	N	Steiermark
9182	Maria Elend, Rosental	29.03.2002		Kärnten
9183	Rosenbach	29.03.2002		Kärnten
9472	Ettendorf, Kärnten	29.03.2002	N	Kärnten
9552	Steindorf, Ossiacher See	29.03.2002		Kärnten
4172	St. Johann am Wimberg	05.04.2002	N	OÖ
4364	St. Thomas am Blasenstein	05.04.2002	N	OÖ

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
4743	Peterskirchen, OÖ	05.04.2002	N	OÖ
4817	St. Konrad	05.04.2002	N	OÖ
5422	Heilbad Dürnberg	05.04.2002	N	Salzburg
5453	Werfenweng	05.04.2002	J	Salzburg
5642	Bad Gastein	05.04.2002	N	Salzburg
6103	Reith bei Seefeld	05.04.2002	?	Tirol/Vbg.
6562	Mathon, Tirol	05.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6888	Schröcken	05.04.2002	N	Tirol/Vbg.
7421	Tauchen-Schaueregg	05.04.2002	N	Steiermark
8092	Mettersdorf am Saßbach	05.04.2002	N	Steiermark
8103	Rein	05.04.2002	N	Steiermark
8122	Waldstein	05.04.2002	N	Steiermark
8131	Mixnitz	05.04.2002	N	Steiermark
8264	Hainersdorf	05.04.2002	J	Steiermark
8352	Unterlamm	05.04.2002	N	Steiermark
8361	Hatzendorf	05.04.2002	N	Steiermark
8484	Unterpurkla	05.04.2002	N	Steiermark
8554	Soboth	05.04.2002	N	Steiermark
9584	Finkenstein	05.04.2002	J	Kärnten
9585	Gödersdorf	05.04.2002		Kärnten
8451	Heimschuh	08.04.2002	N	Steiermark
6992	Hirschegg	12.04.2002	N	Tirol/Vbg.
3814	Aigen bei Raabs	12.04.2002	N	NÖ West
3841	Windigsteig	12.04.2002	N	NÖ West
3844	Waldkirchen an der Thaya	12.04.2002	N	NÖ West
4183	Traberg	12.04.2002	J	OÖ
4592	Leonstein	12.04.2002	J	OÖ
4671	Neukirchen bei Lambach	12.04.2002	N	OÖ
4904	Atzbach, OÖ	12.04.2002	N	OÖ
4962	Mining	12.04.2002	N	OÖ
6183	Kühtai	12.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6504	Landeck-Perjen	12.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6933	Doren	12.04.2002	N	Tirol/Vbg.
8265	Groß Steinbach	12.04.2002	N	Steiermark
8755	St. Peter ob Judenburg	12.04.2002	N	Steiermark
8844	Schöder	12.04.2002	N	Steiermark
8966	Aich-Assach	12.04.2002	N	Steiermark
9722	Gummern	12.04.2002		Kärnten
9812	Pusarnitz	12.04.2002		Kärnten
3153	Eschenau an der Traisen	19.04.2002	?	NÖ West
3171	Kleinzell bei Hainfeld	19.04.2002	J	NÖ West
3172	Ramsau bei Hainfeld	19.04.2002	N	NÖ West
3232	Bischofstetten	19.04.2002	J	NÖ West
3262	Wang, NÖ	19.04.2002	J	NÖ West
3283	St. Anton an der Jeßnitz	19.04.2002	?	NÖ West
3914	Waldhausen, NÖ	19.04.2002	?	NÖ West

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
4264	Grünbach bei Freistadt	19.04.2002	J	OÖ
4521	Schiedlberg	19.04.2002	N	OÖ
4653	Eberstalzell	19.04.2002	J	OÖ
4772	Lambrechten	19.04.2002	?	OÖ
4981	Reichersberg	19.04.2002	N	OÖ
5321	Koppl	19.04.2002	?	Salzburg
5724	Stuhlfelden	19.04.2002	J	Salzburg
6123	Terfens	19.04.2002	?	Tirol/Vbg.
6541	Tösens	19.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6941	Langenegg	19.04.2002	N	Tirol/Vbg.
8242	St. Lorenzen am Wechsel	19.04.2002	N	Steiermark
8251	Bruck an der Lafnitz	19.04.2002	N	Steiermark
8252	Mönichwald	19.04.2002	N	Steiermark
8671	Alpl	19.04.2002	N	Steiermark
8672	St. Kathrein am Hauenstein	19.04.2002	N	Steiermark
8691	Kapellen, Mürz	19.04.2002	N	Steiermark
8693	Mürzsteg	19.04.2002	N	Steiermark
8822	Mühlen	19.04.2002	N	Steiermark
8831	Niederwölz	19.04.2002	N	Steiermark
4164	Schwarzenberg am Böhmerwald	26.04.2002	N	OÖ
4541	Adlwang	26.04.2002	J	OÖ
4621	Sipbachzell	26.04.2002	J	OÖ
4922	Geiersberg	26.04.2002	N	OÖ
6154	St. Jodok am Brenner	26.04.2002	?	Tirol/Vbg.
6571	Strengen	26.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6767	Warth, Vbg.	26.04.2002	N	Tirol/Vbg.
6951	Lingenau, Vbg.	26.04.2002	J	Tirol/Vbg.
8132	Pernegg an der Mur	26.04.2002	J	Steiermark
8143	Dobl	26.04.2002	J	Steiermark
8144	Tobelbad	26.04.2002	J	Steiermark
8222	St. Johann bei Herberstein	26.04.2002	N	Steiermark
8272	Sebersdorf	26.04.2002	J	Steiermark
8411	Hengsberg	26.04.2002	N	Steiermark
8412	Allerheiligen bei Wildon	26.04.2002	N	Steiermark
8422	St. Nikolai ob Draßling	26.04.2002	N	Steiermark
8423	St. Veit am Vogau	26.04.2002	J	Steiermark
8442	Kitzeck im Sausal	26.04.2002	N	Steiermark
8444	Sankt Andrä im Sausal	26.04.2002	N	Steiermark
8606	Kapfenberg- Hafendorf	26.04.2002	N	Steiermark
8624	Au bei Aflenz Kurort	26.04.2002	N	Steiermark
9362	Grades	26.04.2002	N	Kärnten
9411	St. Michael, Lavanttal	26.04.2002		Kärnten
9412	St. Margarethen im Lavanttal	26.04.2002	J	Kärnten
9422	Maria Rojach	26.04.2002	N	Kärnten
9461	Prebl	26.04.2002		Kärnten
9582	Latschach ober dem Faaker See	26.04.2002		Kärnten

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
9651	St. Jakob im Lesachtal	26.04.2002		Kärnten
9652	Birnbaum	26.04.2002		Kärnten
9655	Maria Luggau	26.04.2002		Kärnten
9782	Nikolsdorf	26.04.2002	N	Tirol/Vbg.
9953	Huben, Osttirol	26.04.2002	N	Tirol/Vbg.
9962	St. Veit in Deferegggen	26.04.2002	N	Tirol/Vbg.
8453	St. Johann im Saggautal	29.04.2002	N	Steiermark
8455	Oberhaag	29.04.2002	N	Steiermark
8483	Deutsch Goritz	29.04.2002	N	Steiermark
8492	Halbenrain	29.04.2002	N	Steiermark
2002	Großmugl	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2003	Leitzersdorf	30.04.2002	?	NÖ Ost/Bgld.
2114	Großrußbach	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2116	Niederleis	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2184	Hauskirchen	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2185	Prinzendorf an der Zaya	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2212	Großengersdorf	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2251	Ebenthal, NÖ	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2252	Ollersdorf, Bez. Gänserndorf	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2284	Untersiebenbrunn	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2403	Regelsbrunn	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2533	Klausen-Leopoldsdorf	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2641	Schottwien	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2731	St. Egyden am Steinfeld	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2842	Edlitz, Aspangbahn	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2881	Trattenbach, NÖ	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3004	Ried am Riederberg	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3041	Asperhofen	30.04.2002	J	NÖ West
3051	St. Christophen	30.04.2002	J	NÖ West
3052	Innermanzing	30.04.2002	J	NÖ West
3125	Statzendorf	30.04.2002	J	NÖ West
3131	Getzersdorf bei Traismauer	30.04.2002	J	NÖ West
3141	Kapelln an der Perschling	30.04.2002	J	NÖ West
3222	Annaberg, NÖ	30.04.2002	?	NÖ West
3223	Wienerbruck	30.04.2002	N	NÖ West
3601	Dürnstein, NÖ	30.04.2002	J	NÖ West
3861	Eggern	30.04.2002	?	NÖ West
3863	Reingers	30.04.2002	??	NÖ West
3913	Großgöttfritz	30.04.2002	N	NÖ West
3922	Großschönau, NÖ	30.04.2002	J	NÖ West
3942	Hirschbach, Bez. Gmünd	30.04.2002	N	NÖ West
3945	Hoheneich, NÖ	30.04.2002	J	NÖ West
3961	Waldenstein, Waldviertel	30.04.2002	?	NÖ West
4162	Julbach, OÖ	30.04.2002	N	OÖ
4303	St. Pantaleon, NÖ	30.04.2002	J	NÖ West
4323	Münzbach	30.04.2002	J	OÖ

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
4432	Ernsthofen, NÖ	30.04.2002	J	NÖ West
4441	Behamberg	30.04.2002	J	NÖ West
5092	St. Martin bei Lofer	30.04.2002	N	Salzburg
5423	St. Koloman	30.04.2002	J	Salzburg
5451	Tenneck	30.04.2002	N	Salzburg
7032	Sigleß	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7092	Winden am See	30.04.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7302	Nikitsch	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7372	Draßmarkt	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7443	Rattersdorf-Liebing	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7451	Oberloisdorf	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7472	Schachendorf	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7511	Mischendorf	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7552	Stinatz	30.04.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
4134	Putzleinsdorf	03.05.2002	J	OÖ
4272	Weitersfelden	03.05.2002	J	OÖ
4532	Rohr im Kremstal	03.05.2002	J	OÖ
4891	Pöndorf	03.05.2002	N	OÖ
5232	Kirchberg bei Mattighofen	03.05.2002	N	OÖ
9374	Wieting	03.05.2002		Kärnten
4562	Steinbach am Ziehberg	10.05.2002	N	OÖ
4892	Fornach	10.05.2002	N	OÖ
4932	Kirchheim im Innkreis	10.05.2002		OÖ
6181	Sellrain	10.05.2002	N	Tirol/Vbg.
6343	Erl	10.05.2002	?	Tirol/Vbg.
6655	Steeg, Lechtal	10.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6754	Klösterle	10.05.2002	J	Tirol/Vbg.
8324	Kirchberg an der Raab	10.05.2002	J	Steiermark
8362	Söchau	10.05.2002	J	Steiermark
8402	Werndorf	10.05.2002	J	Steiermark
9123	St. Primus	10.05.2002	J	Kärnten
2112	Würnitz	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2123	Schleinbach	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2133	Loosdorf, Bez. Mistelbach	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2143	Großkrut	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2181	Dobermannsdorf	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2192	Kettlasbrunn	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2265	Drösing	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2305	Eckartsau	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2413	Berg bei Wolfsthal	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2472	Prellenkirchen	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2663	Rohr im Gebirge	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2824	Seebenstein	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
3252	Petzenkirchen	17.05.2002	J	NÖ West
3311	Zeillern	17.05.2002	?	NÖ West
3312	Oed bei Amstetten	17.05.2002	J	NÖ West

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
3313	Wallsee	17.05.2002	J	NÖ West
3322	Viehdorf	17.05.2002	J	NÖ West
3325	Ferschnitz	17.05.2002	J	NÖ West
4575	Roßleithen	17.05.2002	N	OÖ
4783	Wernstein am Inn	17.05.2002	N	OÖ
4823	Steeg, Hallstättersee	17.05.2002	J	OÖ
4933	Wildenau, OÖ	17.05.2002	N	OÖ
6133	Weerberg	17.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6313	Wildschönau-Auffach	17.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6464	Tarrenz	17.05.2002	J	Tirol/Vbg.
7023	Zemendorf	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7051	Großhöflein	17.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7444	Mannersdorf an der Rabnitz	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7473	Hannersdorf	17.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
8171	St. Kathrein am Offenegg	17.05.2002	N	Steiermark
8172	Heilbrunn	17.05.2002	N	Steiermark
8481	Weinburg am Saßbach	17.05.2002	N	Steiermark
8493	Klöch	17.05.2002	N	Steiermark
8584	Hirschegg	17.05.2002	N	Steiermark
8616	Gasen	17.05.2002	N	Steiermark
8634	Wegscheid, Steiermark	17.05.2002	N	Steiermark
8635	Gollrad	17.05.2002	N	Steiermark
8644	Mürzhofen	17.05.2002	N	Steiermark
8654	Fischbach	17.05.2002	N	Steiermark
8685	Steinhaus am Semmering	17.05.2002	N	Steiermark
8708	Leoben-Hinterberg	17.05.2002	N	Steiermark
8731	Bischofffeld	17.05.2002	N	Steiermark
4062	Thening	24.05.2002	J	OÖ
4421	Aschach an der Steyr	24.05.2002	J	OÖ
4633	Kematen am Innbach	24.05.2002	?	OÖ
4831	Obertraun	24.05.2002	J	OÖ
5164	Seeham	24.05.2002	J	Salzburg
5612	Hüttschlag	24.05.2002	N	Salzburg
6122	Fritzens	24.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6403	Flauring	24.05.2002	J	Tirol/Vbg.
8046	Graz-St. Veit	24.05.2002	N	Steiermark
8163	Fladnitz an der Teichalm	24.05.2002	J	Steiermark
8183	Floing	24.05.2002	N	Steiermark
8191	Koglhof	24.05.2002	N	Steiermark
8221	Hirnsdorf	24.05.2002	n	Steiermark
8255	St. Jakob im Walde	24.05.2002	N	Steiermark
8312	Ottendorf an der Rittschein	24.05.2002	N	Steiermark
8333	Riegersburg, Steiermark	24.05.2002	N	Steiermark
8734	Großlobming	24.05.2002	N	Steiermark
8764	Pusterwald	24.05.2002	N	Steiermark
8781	Wald am Schoberpaß	24.05.2002	N	Steiermark

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
8782	Treglwang	24.05.2002	N	Steiermark
8903	Lassing bei Selzthal	24.05.2002	N	Steiermark
8921	Lainbach	24.05.2002	N	Steiermark
2011	Sierndorf, Bez. Korneuburg	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2134	Staatz-Kautendorf	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2135	Neudorf bei Staatz	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2275	Bernhardsthal	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2276	Reintal	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2281	Raasdorf bei Wien	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2282	Markgrafneusiedl	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2286	Haringsee	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2422	Pama	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2463	Stixneusiedl	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2484	Weigelsdorf, Fischea	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2492	Eggendorf, Bez. Wr. Neustadt	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2631	Sieding-Stixenstein	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2654	Prein an der Rax	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2770	Gutenstein, NÖ	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
3104	St. Pölten-Harland	31.05.2002	J	NÖ West
3105	St. Pölten-Radlberg	31.05.2002	J	NÖ West
3332	Rosenau, Sonntagberg	31.05.2002	J	NÖ West
3333	Böhlerwerk	31.05.2002	?	NÖ West
3342	Opponitz	31.05.2002	J	NÖ West
3354	Wolfsbach, Bez. Amstetten	31.05.2002	?	NÖ West
3362	Mauer-Öhling	31.05.2002	J	NÖ West
3422	Greifenstein, NÖ	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
3754	Irnfritz	31.05.2002	?	NÖ West
4464	Kleinreifling	31.05.2002	N	OÖ
4676	Aistersheim	31.05.2002	N	OÖ
6141	Schönberg im Stubaital	31.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6234	Brandenberg	31.05.2002	J	Tirol/Vbg.
6521	Fließ	31.05.2002	J	Tirol/Vbg.
7011	Siegendorf im Bgld.	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7161	St. Andrä am Zicksee	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7322	Lackenbach	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7323	Ritzing, Bgld.	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7412	Wolfau	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7533	Ollersdorf im Bgld.	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7542	Gerersdorf bei Güssing	31.05.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7562	Eltendorf	31.05.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
8091	Jagerberg	31.05.2002	J	Steiermark
8114	Stübing	31.05.2002	J	Steiermark
8652	Kindberg-Aumühl	31.05.2002	J	Steiermark
9102	Mittertrixen	31.05.2002	N	Kärnten
9111	Haimburg	31.05.2002	N	Kärnten
9163	Unterbergen, Rosental	31.05.2002	N	Kärnten

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
9565	Ebene Reichenau	31.05.2002		Kärnten
9612	St. Georgen im Gailtal	31.05.2002		Kärnten
9816	Penk, Mölltal	31.05.2002	N	Kärnten
4114	Neuhaus, Donau	07.06.2002	N	OÖ
4294	St. Leonhard bei Freistadt	07.06.2002	J	OÖ
4322	Windhaag bei Perg	07.06.2002	J	OÖ
4681	Rottenbach bei Haag	07.06.2002	N	OÖ
4882	Oberwang	07.06.2002	J	OÖ
6161	Natters	07.06.2002	N	Tirol/Vbg.
6491	Schönwies	07.06.2002	J	Tirol/Vbg.
8774	Mautern in Steiermark	07.06.2002	J	Steiermark
8792	St. Peter-Freienstein	07.06.2002	J	Steiermark
8833	Teufenbach	07.06.2002	J	Steiermark
8953	Donnersbach	07.06.2002	J	Steiermark
9991	Dölsach	07.06.2002	J	Tirol/Vbg.
2105	Oberrohrbach	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2111	Rückersdorf-Harmannsdorf	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2132	Frättingsdorf	14.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2153	Stronsdorf	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2154	Unterstinkenbrunn	14.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2183	Neusiedl an der Zaya	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2215	Raggendorf	14.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2354	Guntramsdorf	14.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2404	Petronell	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2471	Rohrau	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2541	Gainfarn	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2624	Breitenau am Steinfelde	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
3375	Krummnußbaum	14.06.2002	J	NÖ West
3381	Golling an der Erlauf	14.06.2002	J	NÖ West
3662	Münichreith am Ostrong	14.06.2002	J	NÖ West
3665	Gutenbrunn, Bez. Zwettl	14.06.2002	N	NÖ West
3684	St. Oswald, NÖ	14.06.2002	?	NÖ West
3691	Nöchling	14.06.2002	?	NÖ West
4282	Pierbach	14.06.2002	J	OÖ
4371	Dimbach	14.06.2002	N	OÖ
4622	Eggendorf im Traunkreis	14.06.2002	N	OÖ
4674	Altenhof am Hausruck	14.06.2002	N	OÖ
5662	Gries, Pinzgau	14.06.2002	?	Salzburg
6065	Thaur	14.06.2002	J	Tirol/Vbg.
6421	Rietz, Tirol	14.06.2002	J	Tirol/Vbg.
7143	Apetlon	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7212	Forchtenstein	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7341	Markt St. Martin	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7452	Unterpullendorf	14.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
7453	Steinberg-Dörfel	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7521	Eberau	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
7522	Strem	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7532	Litzelsdorf	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7563	Königsdorf, Bgld.	14.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
8211	Großpesendorf	14.06.2002	J	Steiermark
8503	St. Josef, Weststeiermark	14.06.2002	J	Steiermark
8521	Wettmannstätten	14.06.2002	J	Steiermark
8543	St. Martin im Sulmtal	14.06.2002	J	Steiermark
8662	Mitterdorf im Mürztal	14.06.2002	J	Steiermark
9343	Zweinitz	14.06.2002		Kärnten
3522	Lichtenau, NÖ	21.06.2002	N	NÖ West
3525	Sallingberg	21.06.2002	J	NÖ West
3533	Friedersbach	21.06.2002	J	NÖ West
4483	Hargelsberg	21.06.2002	J	OÖ
4492	Hofkirchen im Traunkreis	21.06.2002	J	OÖ
6405	Pfaffenhofen, Tirol	21.06.2002	J	Tirol/Vbg.
9231	Köstenberg	21.06.2002		Kärnten
9536	St. Egyden, Kärnten	21.06.2002		Kärnten
9615	Görtschach, Gailtal	21.06.2002		Kärnten
9624	Egg bei Hermagor	21.06.2002		Kärnten
2014	Breitenwaida	28.06.2002	J	NÖ West
2095	Drosendorf an der Thaya	28.06.2002	J	NÖ West
2165	Drasenhofen	28.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2193	Wilfersdorf, Bez. Mistelbach	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2222	Bad Pirawarth	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2224	Obersulz	28.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
2241	Schönkirchen, NÖ	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2243	Matzen	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2253	Weikendorf	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2285	Leopoldsdorf	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2431	Kleinneusiedl	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2442	Seibersdorf	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2531	Gaaden bei Mödling	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2625	Schwarzau am Steinfelde	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
2872	Mönichkirchen	28.06.2002	N	NÖ Ost/Bgld.
3122	Gansbach	28.06.2002	J	NÖ West
3241	Kirnberg an der Mank	28.06.2002	N	NÖ West
3384	Groß Sierning	28.06.2002	?	NÖ West
3392	Schönbühel an der Donau	28.06.2002	J	NÖ West
3393	Matzleinsdorf bei Melk	28.06.2002	N	NÖ West
3503	Krems-Rehberg	28.06.2002	J	NÖ West
3641	Aggsbach Markt	28.06.2002	J	NÖ West
3644	Emmersdorf an der Donau	28.06.2002	J	NÖ West
4461	Laussa	28.06.2002	J	OÖ
4595	Waldneukirchen	28.06.2002	J	OÖ
4662	Steyrermühl	28.06.2002	N	OÖ
4771	Sigharting	28.06.2002	?	OÖ

PLZ	ORT	Planung Zusammenle- gungs-datum	PP Postpartner vorgesehen (J/N)	Region
4773	Eggerding	28.06.2002	N	OÖ
4921	Hohenzell	28.06.2002	J	OÖ
4951	Polling im Innkreis	28.06.2002	J	OÖ
4972	Utzenaich	28.06.2002	J	OÖ
5032	Salzburg	28.06.2002	J	Salzburg
5133	Gilgenberg am Weilhart	28.06.2002	N	OÖ
5141	Moosdorf	28.06.2002	J	OÖ
5144	Handenberg	28.06.2002	N	OÖ
5273	Roßbach bei Mauerkirchen	28.06.2002	N	OÖ
6373	Jochberg	28.06.2002	J	Tirol/Vbg.
6432	Sautens	28.06.2002	J	Tirol/Vbg.
6763	Zürs	28.06.2002	N	Tirol/Vbg.
6794	Partenen	28.06.2002	N	Tirol/Vbg.
7304	Großwarasdorf	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7311	Neckenmarkt	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7343	Neutal	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7474	Deutsch Schützen	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
7512	Kohfidisch	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
8382	Mogersdorf	28.06.2002	J	NÖ Ost/Bgld.
9104	Pustritz	28.06.2002		Kärnten
9376	Knappenberg	28.06.2002		Kärnten
9520	Sattendorf	28.06.2002		Kärnten
9531	Kreuth bei Bleiberg	28.06.2002		Kärnten
9541	Einöde bei Villach	28.06.2002		Kärnten
9614	Vorderberg, Gailtal	28.06.2002		Kärnten
9633	Reisach	28.06.2002		Kärnten
9634	Gundersheim, Gailtal	28.06.2002		Kärnten
9851	Lieserbrücke	28.06.2002	N	Kärnten
9972	Virgen, Osttirol	28.06.2002	J	Tirol/Vbg.
9862	Kremsbrücke		N	Kärnten
2061	Hadres			NÖ West
4381	St. Nikola an der Donau		?	OÖ
5283	Braunau am Inn			OÖ
9312	Meiselding			Kärnten
9361	St. Salvator bei Friesach			Kärnten
9441	Twimberg		N	Kärnten
9544	Feld am See			Kärnten
9563	Gnesau			Kärnten
9583	Faak am See			Kärnten
9653	Liesing, Lesachtal			Kärnten
9701	Rothenthurn			Kärnten
9711	Paternion			Kärnten
9714	Stockenboi			Kärnten
9805	Baldramsdorf			Kärnten
9814	Mühldorf, Mölltal			Kärnten
9852	Trebesing		N	Kärnten

Beilage 2**ERKLÄRUNG
der Österreichischen Post AG****über die Einrichtung einer Kontrollkommission
zur
Absicherung der Versorgung des ländlichen Raums
im Zuge der Anpassung des Geschäftsstellennetzes der Post**

Die Österreichische Post AG (im folgenden als „Post“ bezeichnet) wird zwischen dem 1.1. und dem 30.6.2002 die Struktur ihres derzeitigen Post-Geschäftsstellennetzes anpassen, da dieses den Kundenbedürfnissen nicht mehr entspricht und aus Kostengründen nicht unverändert weiter aufrecht erhalten werden kann.

Diese Maßnahme wird auf Basis eines Beschlusses des Aufsichtsrates über das Geschäftsstellenkonzept der Post, auf der Grundlage umfangreicher Vorarbeiten und nach intensiven Gesprächen der Post mit den Vertretern der betroffenen Gebietskörperschaften gesetzt.

Die Post ist nach dem Postgesetz verpflichtet, die Versorgung der Bevölkerung mit Post-Universaldienstleistungen flächendeckend und ständig zu allgemein erschwinglichen Preisen zu gewährleisten. Die Post wird dabei der Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum besonderes Augenmerk zukommen lassen.

Die Anpassung des Post-Geschäftsstellennetzes soll einer begleitenden Kontrolle unterzogen werden, um sicherzustellen, dass die geplanten Maßnahmen im Rahmen der regionalen Gegebenheiten verträglich umgesetzt werden.

Festgehalten wird, dass durch diese Erklärung bereits bestehende oder allfällige künftige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Post und Gebietskörperschaften nicht berührt werden.

In diesem Zusammenhang erklärt sich die Post zu folgenden Maßnahmen bereit:

I. Kontrollkommission

Die Post verpflichtet sich, für die begleitende Kontrolle hinsichtlich der Strukturanpassungsmaßnahmen eine Kontrollkommission einzurichten.

Die Kontrollkommission soll sich aus einem Vertreter der Post, einem vom Gemeindebund zu nominierenden Experten und einem von diesen beiden gemeinsam zu nominierenden Experten zusammensetzen.

Die Kontrollkommission tritt jeweils auf Antrag eines ihrer Mitglieder binnen 2 Wochen zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzungen werden von dem Vertreter der Post einberufen und geleitet.

Die Kontrollkommission kann sich eine Geschäftsordnung geben, in der Fragen des Sitzungsortes, der Einbeziehung weiterer Experten oder Stellvertreter und der Anhörung von Betroffenen geregelt werden können.

II. Aufgabe der Kontrollkommission

Aufgabe der Kontrollkommission ist es, allfällige Beschwerden und Anregungen betroffener Gebietskörperschaften im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen der Post zu überprüfen.

Diese Anregungen und Beschwerden werden an die Verantwortlichen der Post in den Regionen mit dem Auftrag um Prüfung einer einvernehmlichen Lösung und Stellungnahme weitergeleitet. Der vom Gemeindebund nominierte Experte ist in diesen Problemlösungsprozess umfassend einzubinden.

Die Post verpflichtet sich, der Kontrollkommission die zur Prüfung erforderlichen Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Die Post verpflichtet sich, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zur einvernehmlichen Lösung offener Probleme in der Kontrollkommission beizutragen. Die Kommission kann einstimmig oder mehrheitlich Empfehlungen an die Post beschließen. Nicht umgesetzte Empfehlungen sind von der Post schriftlich zu begründen. Dem vom Gemeindebund nominierten Experten steht in diesen Fällen das Recht zu, zu den aus seiner Sicht noch offenen Fragen eine weitere schriftliche Stellungnahme der Post zu verlangen.

Die Kontrollkommission erstellt binnen eines Monats nach Vorlage des Abschlußberichtes der Post einen Bericht, der dem Vorstand der Post AG und dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes und dem BMVIT vorzulegen ist. In diesem Bericht sind auch die Empfehlungen der Kontrollkommission und die Stellungnahmen der Post zu dokumentieren.

Die der Kontrollkommission seitens der Post erteilten Informationen sowie die von der Kontrollkommission erteilten Empfehlungen sind vertraulich und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

IV. Grundsätzliche Versorgungsverpflichtung der Post im Bereich der Infrastruktur

Die Post ist verpflichtet, eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Als Post-Geschäftsstelle gelten Postämter und Postagenturen. Postämter werden vom Universaldienstbetreiber mit eigenem Personal betrieben; Postagenturen werden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit der Post betrieben.

V. Versorgungsauftrag im ländlichen Raum

Die Post verpflichtet sich, ihre Leistungen im Sinne der Kundenbedürfnisse weiter zu entwickeln und durch geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Nahversorgung beizutragen. Dabei ist insbesondere die regionale Ausgewogenheit und ein hohes Versorgungsniveau zu garantieren.

VI. Vorgangsweise der Post bei der Planung und Durchführung der Strukturanpassungen

Die geplanten Strukturanpassungsmaßnahmen der Post berücksichtigen die Kriterien des Einzugsbereichs der betroffenen Postämter, der Erreichbarkeit der nächstgelegenen Postämter und der Wirtschaftlichkeit der Postämter. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auch die Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, die örtliche Lage der Postämter (Kundenfrequenz) und der absehbare Investitionsbedarf (Gebäude) berücksichtigt.

Im Falle einer geplanten Umwandlung oder Schließung eines Postamts hat die Post die Vertreter der betroffenen Gebietskörperschaften zeitgerecht zu informieren und mit den betroffenen Gemeinden nach alternativen Lösungen zu suchen. Ebenso hat die Post

Unterlagen über die Wirtschaftlichkeit des betroffenen Postamts und über die künftige Erbringung des Universaldiensts durch eine Post-Geschäftsstelle oder durch Landzusteller zeitgerecht vorzulegen.

Die Post hat bereits umfassende Gespräche in den von Strukturanpassungsmaßnahmen betroffenen Gemeinden und Regionen geführt; sie wird diese sofern dies notwendig und zweckmäßig ist auch weiterführen.

Darüber hinaus verpflichtet sich die Post, Maßnahmen zur allgemeinen Akzeptanz und zum besseren Verständnis in der Bevölkerung zu ergreifen und zu diesem Zweck noch im 1. Quartal 2002 rund 1,5 Mio € einzusetzen.

Die Post verpflichtet sich weiters, aufgrund der Zusammenlegung von Postämtern keine Kündigungen von Dienstverhältnissen vorzunehmen.

Die Post verpflichtet sich darüber hinaus, in einem mehrstufigen Kundenüberleitungsprogramm die Umorientierung und Begleitung der Kunden zu gewährleisten.

Die Post verpflichtet sich auch, eine eigene Hotline als Anlaufstelle für Informationssuchende zu betreiben.

VII. Umsetzungszeitraum

Die oben genannten Maßnahmen werden bis 30.6.2002 umgesetzt Die Post verpflichtet sich, der Kontrollkommission bis 31.8.2002 einen Abschlußbericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Wien, am 29.01.2002

GD Dr. Anton Wais

Österreichische Post AG

VD Mag. Josef Halbmayr

Österreichische Post AG

Zur Kenntnis genommen:

Dr. Monika Forstinger

Bundesministerin für Verkehr,

Innovation und Technologie

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2002**Ausgegeben am 28. Februar 2002****Teil II**

100. Verordnung: Post-Universaldienstverordnung

100. Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über den Universaldienst für Postdienstleistungen (Post-Universaldienstverordnung)

Auf Grund der §§ 4 Abs. 3 und 12 Abs. 1 des Postgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 18/1998, wird verordnet:

Erster Abschnitt

Allgemeines

Zweck der Verordnung

§ 1. Zweck dieser Verordnung ist es, eine den Bedürfnissen der Kunden entsprechende, qualitativ hochwertige, flächendeckende und allgemein erschwingliche Versorgung mit den im Rahmen des Universaldienstes zu erbringenden Postdienstleistungen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden die Zugangsmöglichkeiten der Kunden zu Universaldienstleistungen sowie die Qualität dieser Leistungen näher geregelt.

Umfang des Universaldienstes

§ 2. (1) Der Universaldienst im Sinne des Postgesetzes 1997 umfasst die Abholung, Annahme, Sortierung, Weiterleitung und Abgabe von Postsendungen bis zu einem Gewicht von zwei Kilogramm und Paketen bis zu 20 Kilogramm sowie die Sonderbehandlungen Einschreiben und Wertversand.

(2) Die Definitionen gemäß § 2 Postgesetz 1997 gelten auch für diese Verordnung.

Post-Geschäftsstellen

§ 3. (1) Der Universaldienstbetreiber ist verpflichtet, eine ausreichende, flächendeckende Versorgung mit Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Als Post-Geschäftsstelle gelten Postämter oder Postagenturen. Postämter werden vom Universaldienstbetreiber mit eigenem Personal betrieben; Postagenturen werden auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Universaldienstbetreiber betrieben.

(2) Durch das derzeit bestehende Netz an Post-Geschäftsstellen gilt eine flächendeckende Versorgung im Sinne des § 4 Postgesetz 1997 als gegeben.

(3) Ein Postamt darf nur geschlossen werden, wenn

1. die kostendeckende Führung des Postamtes auf Grund mangelnder Kundennachfrage dauerhaft ausgeschlossen und
2. die Erbringung des Universaldienstes durch eine Post-Geschäftsstelle oder durch Landzusteller (mobiles Postamt) gewährleistet ist.

(4) Vor der beabsichtigten Schließung eines Postamtes hat der Universaldienstbetreiber die von diesem Postamt bisher versorgten Gemeinden zeitgerecht zu informieren und im einvernehmlichen Zusammenwirken mit den betroffenen Gemeinden innerhalb von drei Monaten alternative Lösungen zu suchen mit dem Bemühen, den Standort zu erhalten. Dabei ist insbesondere auch auf regionale Gegebenheiten Bedacht zu nehmen. Der Universaldienstbetreiber hat den betroffenen Gemeinden entsprechende Unterlagen vorzulegen, welche die Voraussetzungen gemäß Abs. 3 belegen. Unbeschadet allfälliger Vorschläge der Gemeinden hat der Universaldienstbetreiber den betroffenen Gemeinden jedenfalls konkrete Vorschläge zur Erhaltung der Versorgungsqualität zu unterbreiten.

(5) Der Bewerbung eine Postagentur zu betreiben oder einem entsprechenden Vorschlag einer Gemeinde ist nach Möglichkeit zu entsprechen. Eine solche vertragliche Vereinbarung darf keine unbillige Belastung für die Vertragspartner enthalten. Ist die Versorgung durch eine Postagentur nicht mehr möglich, ist die Erbringung des Universaldienstes jedenfalls durch Landzusteller sicherzustellen.

Öffnungszeiten, Mindestangebot

§ 4. (1) Post-Geschäftsstellen sind an Werktagen täglich von Montag bis Freitag zu öffnen. Auf Grund spezifischer örtlicher Erfordernisse und der daraus resultierenden Bedürfnisse der Kunden sind die Öffnungszeiten auf Samstage, Sonn- und Feiertage oder auf eine Abendöffnungszeit auszuweiten. Die wöchentliche Öffnungszeit darf, bezogen auf eine Fünf-Tage-Woche, 20 Stunden nicht unterschreiten; davon sind jene Post-Geschäftsstellen ausgenommen, die bereits derzeit weniger als 20 Stunden geöffnet haben.

(2) In allen Post-Geschäftsstellen sind alle Dienstleistungen anzubieten, welche die Kunden in die Lage versetzen, den Universaldienst in Anspruch zu nehmen, dazu gehört vor allem auch der Verkauf von Briefmarken.

Briefkästen

§ 5. (1) Der Erbringer des Universaldienstes ist verpflichtet, eine ausreichende, flächendeckende Versorgung mit Briefkästen und anderen Einrichtungen zur Einlieferung von Briefsendungen sicherzustellen. Durch eine Verringerung der Anzahl der Briefkästen dürfen die Bedürfnisse der Kunden (§ 4 Abs. 1 Postgesetz 1997) nicht beeinträchtigt werden. Sie muss durch eine begründete gesamtwirtschaftliche Geschäftsstrategie gerechtfertigt sein; die Einhaltung der Laufzeitvorgaben muss sichergestellt sein. In zusammenhängend bebauten Wohngebieten müssen Briefkästen so ausreichend vorhanden sein, dass im Regelfall die Kunden, die in geschlossenen Siedlungsgebieten leben, im Umkreis von höchstens 1 000 m um ihren Wohnsitz einen Briefkasten erreichen können.

(2) Briefkästen sind von Montag bis Freitag mindestens einmal täglich zu leeren. In zusammenhängend bebauten Wohngebieten sind bei Bedarf Briefkästen auch entweder an Samstagen oder an Sonn- und Feiertagen zu leeren. Die Leerungszeiten haben die Laufzeitvorgaben dieser Verordnung zu berücksichtigen. Am Briefkasten ist die Leerungszeit anzugeben, bei der eine Zustellung am nächsten Werktag ausgenommen Samstag (§ 7) möglich ist.

Zweiter Abschnitt

Qualität der Universaldienstleistungen

Zustellungen

§ 6. (1) Brief- und Paketsendungen sind an die in der Anschrift genannte Wohn- oder Geschäftsadresse zuzustellen, soweit mit dem Empfänger keine andere Vereinbarung getroffen worden ist.

(2) Die Zustellung von Briefsendungen hat durch Einwurf in eine dafür vorgesehene Einrichtung oder durch persönliche Übergabe an den Empfänger zu erfolgen. Der Empfänger hat sicherzustellen, dass eine geeignete und zugängliche Vorrichtung zur Zustellung von Briefsendungen eingerichtet wird. Die Zustellung von Paketsendungen erfolgt durch die persönliche Übergabe an den Empfänger. Ist eine persönliche Übergabe von Brief- oder Paketsendungen an den Empfänger nicht möglich, so können die Sendungen, soweit nicht anders mit dem Versender oder Empfänger vereinbart, an einen Ersatzempfänger übergeben werden.

(3) Die Zustellung über Landabgabekästen ist im bisherigen Umfang zulässig. Eine Ausweitung der Zustellung über Landabgabekästen über den derzeitigen Umfang hinaus ist nur im Einvernehmen mit den betroffenen Empfängern zulässig.

(4) Ist die Wohn- oder Geschäftsadresse des Empfängers nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten zu erreichen, fehlt eine geeignete und zugängliche Vorrichtung zur Zustellung von Briefsendungen oder ist die Zustellung unverhältnismäßig schwierig oder mit Gefahr für den Zusteller verbunden, so kann der Empfänger von der Zustellung ausgeschlossen werden. Der Empfänger ist vorab darüber zu informieren; es ist ihm Gelegenheit zu geben, die für die Zustellung fehlenden Voraussetzungen zu erfüllen.

Zustellfrequenz

§ 7. Brief- und Paketsendungen sind von Montag bis Freitag, ausgenommen Feiertag, täglich zuzustellen, soweit mit dem Empfänger keine andere Vereinbarung getroffen worden ist.

Laufzeiten für Briefsendungen

§ 8. (1) Die an einem Werktag ausgenommen Samstag bis zur Schlusszeit zur Beförderung übergebenen (eingelieferten) inländischen Briefsendungen müssen im Jahresdurchschnitt mindestens zu einem Anteil von 95% am ersten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag, ausgenommen Samstag, und zu einem Anteil von 98% am zweiten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag, ausgenommen Samstag, zugestellt werden; die restlichen Briefsendungen müssen innerhalb von vier Werktagen ab dem Einlieferungstag zugestellt werden. Dies gilt nicht für Infomail (Direktwerbung). Die Schlusszeit ist in jeder Post-Geschäftsstelle kundzumachen.

(2) Für ankommende grenzüberschreitende Priority-Briefsendungen gelten für die Zustellung ab Übergabe an den Betreiber des Universaldienstes die gleichen Laufzeitvorgaben wie für nationale Briefsendungen. Als Einlieferungstag gilt der Tag, an dem die Sendungen der Auswechslungsstelle rechtzeitig vor der letzten Abholung übergeben werden. Ausgenommen sind Briefsendungen, die dem Zoll zu stellen sind.

(3) Die an einem Werktag, ausgenommen Samstag, entsprechend den Bestimmungen des Abs. 1 eingelieferten abgehenden grenzüberschreitenden Priority-Briefsendungen müssen im Jahresdurchschnitt mindestens zu einem Anteil von 95% am ersten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag ausgenommen Samstag bis zur Auswechslungsstelle transportiert und zum unverzüglichen Transport in das Bestimmungsland übergeben werden.

(4) Die Vorgaben gemäß Abs. 2 und 3 dienen dazu, die Erfüllung der Qualitätsnormen gemäß der Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstqualität sicherzustellen.

Laufzeiten für Paketsendungen

§ 9. (1) Die an einem Werktag, ausgenommen Samstag, bis zur Schlusszeit zur Beförderung übergebenen (eingelieferten) inländischen Paketsendungen müssen im Jahresdurchschnitt mindestens zu einem Anteil von 90% am zweiten auf den der Einlieferung folgenden Werktag, ausgenommen Samstag, zugestellt werden. Die restlichen Paketsendungen sind binnen einer Woche zuzustellen. Die Schlusszeit ist in jeder Post-Geschäftsstelle kundzumachen.

(2) Für ankommende grenzüberschreitende Pakete gelten für die Zustellung ab Übergabe an den Betreiber des Universaldienstes die gleichen Laufzeitvorgaben wie für nationale Paketsendungen. Als Einlieferungstag gilt der Tag, an dem die Sendungen der Auswechslungsstelle rechtzeitig vor der letzten Abholung übergeben werden.

(3) Die an einem Werktag, ausgenommen Samstag, eingelieferten abgehenden grenzüberschreitenden Paketsendungen müssen im Jahresdurchschnitt mindestens zu einem Anteil von 90% am zweiten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag bis zur Auswechslungsstelle transportiert und zum unverzüglichen Transport in das Bestimmungsland übergeben werden.

Dritter Abschnitt

Information, Weiterentwicklung, Übergangsbestimmung

Informationspflichten

§ 10. (1) Der Universaldienstbetreiber hat der Regulierungsbehörde die folgenden Kennwerte für das vorangegangene Kalenderjahr schriftlich und in elektronisch lesbarer Form zu übermitteln:

1. Laufzeiten für Briefsendungen;
2. Laufzeiten für Paketsendungen;
3. Zustellfrequenz;
4. Anzahl und Veränderungen bei Post-Geschäftsstellen;
5. Anzahl und Veränderungen bei Briefkästen;

6. Anzahl der Reklamationen.

Diese Information ist jährlich bis 1. März des Folgejahres vorzulegen.

(2) Der Universaldienstbetreiber hat binnen drei Monaten nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung der Regulierungsbehörde einen schriftlichen Bericht über den zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung erreichten Stand der Erbringung des Universaldienstes an Hand der Kennwerte gemäß Abs. 1 zu übermitteln.

Weiterentwicklung des Universaldienstes

§ 11. (1) Der Universaldienstbetreiber ist verpflichtet, den Universaldienst im Sinne der Kundenbedürfnisse weiterzuentwickeln und durch geeignete Maßnahmen und Vorschläge zur Sicherung der Versorgung mit Postdienstleistungen und zur Weiterentwicklung des Universaldienstes beizutragen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere längere Öffnungszeiten, bessere Erreichbarkeit und alle Möglichkeiten der Standortsicherung, insbesondere durch Postagenturen zu prüfen.

(2) Der Universaldienstbetreiber hat die Regulierungsbehörde über die den Universaldienst betreffenden und für die nächsten zwei Jahre geplanten Maßnahmen, wie insbesondere über die flächendeckende Versorgung mit Post-Geschäftsstellen, zu informieren. Diese Information ist erstmalig gemeinsam mit der Information gemäß § 10 Abs. 1 und in der Folge jeweils alle zwei Jahre bis zum 1. März des Folgejahres vorzulegen.

Übergangsbestimmung

§ 12. (1) Die Laufzeiten für Briefsendungen (§ 8) und für Paketsendungen (§ 9) müssen im Laufe des Jahres 2004 erreicht werden. Für grenzüberschreitende Priority-Briefsendungen gelten bis dahin die Qualitätsnormen gemäß der Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstqualität.

Forstinger

o univ prof ddr
heinz mayer

An den
Klub der sozialdemokratischen
Abgeordneten
zH Herrn Dr. Johannes Schnizer
Parlament
1017 Wien

Vorab per e-mail

Wien, am 5. April 2002

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich beziehe mich auf das mit Herrn Dr. Schnizer am 26. März 2002 geführte Telefonat sowie auf Ihr e-mail vom selben Tag. Sie haben mich beauftragt, die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Verlegung des Sitzes von Bezirksgerichten außerhalb Ihres Sprengels zu prüfen. Ich erstatte folgende

Stellungnahme.

1. Es besteht die Absicht durch Bundesgesetz, eine Neuorganisation der Gerichtsbarkeit auf der Stufe der Bezirksgerichte durchzuführen. Diese soll so erfolgen, dass der Sitz bestimmter kleiner Bezirksgerichte außerhalb ihres Sprengels zum Sitz eines anderen Bezirksgerichtes („aufnehmendes Bezirksgericht“) verlegt wird. Dieses (aufnehmende) Bezirksgericht beherbergt dann im Rahmen seiner Dienststelle ein weiteres Bezirksgericht. Dieses bleibt weiterhin für seinen ursprünglichen Sprengel zuständig, hat seinen Sitz aber nicht mehr in diesem. Sie fragen, ob solche Maßnahmen durch einfaches Bundesgesetz getroffen werden können.
2. Art 83 Abs 1 B-VG bestimmt, dass die Verfassung und die Zuständigkeit der Gerichte „durch Bundesgesetz festgestellt“ wird. Unter „Verfassung“ der Gerichte versteht die hL die gesamte Organisation der Gerichte (*Walter*, Verfassung und Gerichtsbarkeit [1960] 193; *Piska*, Rz 4 zu Art 83 Abs 1 B-VG in: [Korinek/Holoubek](#), Österr Bundesverfassungsrecht. [Kommentar](#)); dazu gehört ohne Zweifel auch die Festsetzung der Gerichtssprengel und die Bestimmung des Sitzes von Gerichten.
3. Im vorliegenden Zusammenhang ist eine wichtige Ausnahmebestimmung zu beachten. § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 bestimmt in seinem letzten Satz, dass „Änderungen in den Sprengeln der Bezirksgerichte durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung der Landesregierung verfügt“ werden. Diese Bestimmung wurde durch die „große“ ÜG-Novelle 1925 (BGBl 1925/269) geschaffen. Die Gesetzesmaterialien (326 und 421 BlgNR, 2. GP; abgedruckt bei *Adamovich/Froehlich*, Die Novellen zur Bundesverfassung [1926] 81ff in den Am; *Berchtold* [Hrsg] Die Verfassungsreform von 1925 [1992] 157ff) geben über die Reichweite dieser Bestimmung keinen Aufschluss.

§ 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 beschränkt in seinem Anwendungsbereich die Gestaltungsmöglichkeit des einfachen Bundesgesetzgebers wesentlich (*Walter*, Die Gerichtsbarkeit, in: *Schambeck* [Hrsg], Das österr Bundes-Verfassungsgesetz und seine Entwicklung [1990] 461). In einem Kompetenzfeststellungserkenntnis aus 1969 (VfSlg 5977) hatte der VfGH – allgemein verbindlich (*Mayer*, Das österr Bundes-Verfassungsrecht³ [2002] zu 56 VfGG) – festgestellt, dass „eine Errichtung, Auflassung

oder Zusammenlegung von Bezirksgerichten, soweit sie mit einer Änderung der Sprengel verbunden ist“ gem § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 durch VO der BReg mit Zustimmung der LReg zu verfügen ist. Der Gesetzesentwurf, der diesem Erk zu Grunde lag und auf den sich dieses Erk auch ausschließlich bezieht, sah im wesentlichen vor, dass in bestimmten Bundesländern in jedem Verwaltungsbezirk, der den Sprengel von zwei oder mehreren Bezirksgerichten umfasst, diese Bezirksgerichte zu einem Bezirksgericht zusammengelegt werden und dass dieses Bezirksgericht seinen Sitz in der Gemeinde hat, in der sich der Sitz der Bezirksverwaltungsbehörde befindet.

4. Auf den ersten Blick scheint sich aus dem Erk VfSlg 5977 für den vorliegenden Zusammenhang nichts zu ergeben; denn dieses Erk betrifft die Zusammenlegung von Bezirksgerichten, die jedenfalls mittelbar auch eine Sprengeländerung bewirkt. Hier geht es – jedenfalls auf den ersten Blick – um eine andere Frage; nämlich darum ob es zulässig ist, den Sitz eines Bezirksgerichtes aus seinem Sprengel hinaus zum Sitz eines anderen Bezirksgerichtes zu verlegen. Damit – so könnte man argumentieren – werde keine Sprengeländerung verfügt; der normative Gehalt der Maßnahme erschöpfe sich in der Sitzverlegung. Richtig ist, dass das Erk VfSlg 5977 zur Zulässigkeit einer solchen Maßnahme keine bindende Feststellung trifft und eine solche auch nicht treffen konnte, weil eine Sitzverlegung als solche nicht Gegenstand des Verfahrens war.
5. Ergänzend ist auch festzuhalten, dass es verfassungsrechtlich an sich nicht geboten ist, dass der Sitz einer Behörde innerhalb ihres Amtssprengels liegt (VfSlg 5866; *Walter/Mayer*, Grundriß des österr Verwaltungsverfahrensrechts⁷ [1999] 36f). Allein daraus, dass der Sitz eines Bezirksgerichtes außerhalb seines Amtssprengels beim Sitz eines anderen Bezirksgerichtes eingerichtet werden soll, resultiert also keine Verfassungswidrigkeit.
6. Erhebliche Bedenken an der Verfassungskonformität der geplanten Maßnahme entstehen aber dann, wenn man die Begründung des Kompetenzfeststellungserkenntnisses VfSlg 5977 genau liest. Dabei zeigt sich nämlich, dass der VfGH den Anwendungsbereich des § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 weit versteht und den „Sinn und Zweck“ dieser Regelung darin sieht, „die bestehende territoriale Verfassung der Bezirksgerichte aufrechtzuerhalten und Veränderungen nur nach Maßgabe der Übergangsvorschrift zu gestalten“.

Nun kann wohl kein Zweifel darin bestehen, dass der Sitz eines Bezirksgerichtes zu dessen „territorialer Verfassung“ gehört; wenn der VfGH meint, § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 wolle die „bestehende territoriale Verfassung der Bezirksgerichte“ aufrechterhalten und deren Veränderungen einer spezifischen Regelung unterwerfen, so spricht viel dafür, dass auch die bloße Verlegung des Sitzes eines Bezirksgerichtes als Veränderung der bestehenden territorialen Verfassung der Bezirksgerichte nur nach § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 zulässig ist.

7. In der Begründung des Erk VfSlg 5977 findet sich eine weitere Aussage des VfGH, die im vorliegenden Zusammenhang nicht unbeachtet bleiben darf. Der VfGH befasst sich in der Begründung an einer späteren Stelle mit der Bedeutung der Wortfolge „Änderungen in den Sprengeln der Bezirksgerichte“ und bezieht sich in diesem Zusammenhang auch auf § 80 Abs 2 und 3 Z 4 Behörden ÜG 1945 (abgedruckt zB bei *Adamovich*, Die Bundesverfassungsgesetze⁵ [1947] 422ff – 440f). Diese Bestimmung ermächtigte das Staatsamt für Justiz ua „Gerichte zu errichten, aufzulassen sowie Sitz und Sprengel der Gerichte zu ändern“. Im unmittelbaren Anschluss daran sagt der VfGH in der Begründung von VfSlg 5977 dazu folgendes:

„Hier kommt dem an sich weiteren Begriff ‚Änderungen der Gerichtssprengel‘ eine enge, die übrigen Maßnahmen nicht einschließende Bedeutung zu. Wird aber der Begriff von ‚Änderungen in den Sprengeln der Bezirksgerichte‘ allein verwendet, so ist kein Grund für eine engere, die Wortbedeutung nicht ausschöpfende Auslegung gegeben.“

Daraus scheint hervorzugehen, dass der VfGH auch eine Sitzänderung als „Änderung des Gerichtssprengels“ in einer weiteren Auslegung dieser Wortfolge versteht. Folgt man dem, so wäre die hier zu beurteilende Sitzverlegung durch einfaches BG verfassungswidrig.

8. Dafür, dass die unter 1. beschriebene Vorgangsweise verfassungsrechtlich erheblich problematisch ist, kann auch ein weiteres, vom VfGH zwar angedeutetes aber nicht weiter ausgeführtes Argument herangezogen werden. Wie schon dargelegt sieht der VfGH den „Sinn und Zweck“ des § 8 Abs 5 lit d ÜG 1920 darin, „die bestehende territoriale Verfassung der Bezirksgerichte aufrechtzuerhalten“. Fragt man nun, was dies genau bedeutet, so kann man sich der Antwort auch gleichsam von der anderen Seite her nähern; man kann fragen, was denn der eigentliche Grund dafür sein könnte, dass eine Veränderung „der bestehenden territorialen Verfassung der Bezirksgerichte“ an eine Zustimmung der Landesregierung gebunden wird; maW: Worin besteht das Landesinteresse? Naheliegend scheint

es, dass das Landesinteresse, das die Zustimmungsbefugnis der Landesregierung inhaltlich begründet, darin besteht, bei der Gerichtsorganisation auf unterer Ebene dort mitwirken zu können, wo es um die Erreichbarkeit eines Bezirksgerichtes für die Bürger geht; schon eine geringfügige Sprengeländerung kann die Erreichbarkeit für viele Bürger empfindlich verschlechtern. Dies gilt aber auch für eine Verlegung des Sitzes eines Bezirksgerichtes, zumal dann, wenn dieser in einen anderen Sprengel verlegt wird.

Wird noch dazu – wie hier – der Sitz von Bezirksgerichten nicht nur in einen anderen Sprengel sondern noch dazu an den Sitz eines anderen Bezirksgerichtes verlegt, so dass hinfort am Sitz von bisher einem Bezirksgericht nunmehr ein weiteres Bezirksgericht, das seinen Sprengel in einiger Entfernung hat, seinen Amtssitz hat, so kann dies wohl kaum anders als „Zusammenlegung“ von Bezirksgerichten verstanden werden. Das bedeutet aber, dass die unter 1. beschriebene Vorgangsweise in Wahrheit dazu dient, die Anordnung des § 8 Abs 5 lit d letzter Satz ÜG 1920 zu unterlaufen und „praktisch unwirksam“ (VfSlg 5977) zu machen.

9. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die unter 1. dargestellte Vorgangsweise verfassungsrechtlich erheblich fragwürdig ist; bleibt der VfGH bei seiner in VfSlg 5977 vertretenen und die Landeskompetenzen ernst nehmenden, Linie, so ist damit zu rechnen, dass er diese Maßnahmen als verfassungswidrig qualifiziert.